

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1925**

27.2.1925 (No. 58)

# Badischer Beobachter

Er erscheint einmal täglich, auch Sonntags (als Morgenblatt). Beilagen: „Wörter für den Familientisch“, „Kunst und Wissen“, „Frauenrundschau“ und „Sterne und Blumen“. Erlaub der Anzeigenannahme: nachm. halb 6 Uhr. — Druckort: Beobachter-Druckerei, Postfach 535, Redaktion 572. — In Fällen von bösserer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Bezugspreis: monatlich durch Läger M. 2.50 (bei der Abholstelle in Karlsruhe M. 2.20), wöchentl. Einzelnummer 10 Pf., Sonntags 15 Pf. Abbestellungen können nur bis zum 25. auf den Monatsabschluss erfolgen. Anzeigenpreis: 1 Pfaltig, 1 mm hoch, 8 Wk., im Restament 25 Wk. Kleine und Familien-Anzeigen 5 Wk. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Bei Wiederholung Tarif-Rabatt, der bei zweimonatlicher Betreibung und bei Fortsetzung wegfällt.

## Frankreich und die Rheinlande.

### Das Schicksal der Rheinlande. Gegenseitigkeits-Vertrag mit Deutschland oder Rheinlandrepublik unter Aufsicht des Völkerbundes?

London, 26. Febr. In der Frage der deutschen Abrüstungen und der Kölnner Klüftung ist, wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet, im Laufe des gestrigen Tages keine Aenderung eingetreten. Das Kabinett hat über diese Fragen noch nicht beraten, weil wahrscheinlich die Ausarbeitungen des Reichsverteidigungsministeriums noch nicht fertiggestellt sind. Es sei daher natürlich, so fährt der Korrespondent fort, heute noch verfrüht, etwas Bestimmtes über die Ansicht zu sagen, die von der englischen Regierung in der Frage eines Vertrages anstelle des Genfer Protokolls eingenommen werde, aber der Gedanke eines englisch-belgisch-französischen Vertrages ohne Teilnahme finde in Regierungskreisen entschieden weniger Anhänger als der Vorschlag eines gegenseitigen und regionalen Vertrages zwischen diesen Mächten und Deutschland. Der letztere Vorschlag sei mehr mit dem Geiste des Völkerbundes in Einklang zu bringen. Es würde indessen nicht überraschen, wenn ein derartiger Plan von der gegenwärtigen belgischen Regierung weniger günstig beurteilt werde als von den französischen Staatsmännern der Linken, obwohl bisher weder in Brüssel noch in Paris ein derartiger Vorschlag gemacht worden sei.

Aller Wahrscheinlichkeit nach gewinnt der Vorschlag Souveräns zur Bildung einer autonomen und neutralisierten Rheinlandrepublik innerhalb der Reiches unter Aufsicht des Völkerbundes in den französischen Kreisen an Boden, und erklärt auch den Vorschlag, daß die Völkerbunds-Kommission, die demnächst mit der Kontrolle der deutschen Abrüstungen betraut werde, in eine Art Rheinlandkommission umgewandelt werde. Ein solches Vorgehen würde indessen außerhalb des Vertrages liegen.

### Französischer Führer in London.

New York, 26. Febr. Nach einer Meldung der „World“ aus London streckte Frankreich in London einen Führer aus, wie sich die englische Regierung zu einem von Preußen freien Rheinland stelle, das keine Reichswehr haben dürfe und wegen dieser Bestimmung unter Aufsicht des Völkerbundes stehen müsse. England soll gegen einen derartigen Plan sein.

### Die Wirtschaftsverhandlungen Vor einer Einigung?

Berlin, 26. Febr. Wie die Telegraphen-Union an hiesiger zuständiger Stelle erfährt, dürfte es bei den Besprechungen, die heute oder morgen zwischen Reynaldi und Trendelenburg in Paris stattfinden, zu einer annehmbaren Lösung kommen. Ein Mitglied der deutschen Delegation in Paris ist nach Berlin gekommen und hat hier die neuen Vorschläge des französischen Handelsministers Reynaldi unterbreitet. Aus diesen Vorschlägen ist deutlich eine Annäherung an die deutschen Wünsche zu erkennen. Vermutlich wird sich die französische Delegation bereit erklären, die Meistbegünstigung de facto zu gewähren. Nach den abschließenden Besprechungen zwischen Reynaldi und Trendelenburg wird voraussichtlich eine technische Pause von 14 Tagen eintreten, in der die deutsche Delegation mit der deutschen Wirtschaftszugung nehmen wird. Es ist auch möglich, daß es nicht zu dieser Pause kommt und daß die Verhandlungen im Anschluß an die Besprechungen zwischen den Leitern der Wirtschaftskommissionen sofort zu einem endgültigen Abschluß gebracht werden.

### Herriot über die Lage Frankreichs.

Paris, 26. Febr. Herriot hielt gestern auf dem Bankett der anglofranzösisch-amerikanischen Presse eine Rede, in der er auf das Ergebnis der Londoner Konferenz und das Genfer Protokoll hinwies. Er betonte die friedliche Gesinnung Frankreichs und sagte, er werde mit allen Kräften bestrebt sein, den Verbänden und seinem eigenen Lande einen neuen

Krieg zu ersparen. Solange er an der Spitze der Regierung stehe, werde er der Sache der Sicherheit und des Friedens dienen. Er werde zeigen, daß Frankreich von dem glühenden Wunsch nach Frieden beseelt sei, Frankreich werde seinen Verpflichtungen nachkommen. Er bitte aber die Anwesenden zu bedenken, welche schweren Verluste Frankreich durch den Krieg erlitten habe. Die Regierung werde mit äußerster Energie bestreben, die Finanzlage wieder herzustellen. Zum ersten Male sei ein französisches Budget von 35 Milliarden völlig ausgeglichen worden. Die finanzielle und wirtschaftliche Wiederaufrichtung Frankreichs sei jedoch Voraussetzung für die Lösung sämtlicher anderen Fragen. Wenn man Frankreich Gerechtigkeit widerfahren lassen wolle, so müsse man zugeben, daß es sich äußerst großzügig gezeitigt habe. Gaben wir in London, als man uns ersuchte, an der Wiederaufrichtung Deutschlands mitzuwirken, etwa „Nein“ gesagt? Keineswegs! Wir, die wir selbst so viele verwüstete Gebiete aufzuweisen haben, haben zu der 800 Millionen-Anleihe beigetragen und an Deutschlands Wiederaufrichtung mitgewirkt. Die Wirkung ist nicht ausgeblieben. Die Finanzen Deutschlands haben durch die Unterstützung Frankreichs eine sofortige Hilfe erfahren. Das alles bedauere ich nicht. Aber ich betonte diese Handlungsweise, weil sie uns das Vertrauen und die Achtung der anderen Völker sichern kann. Die schwierigste Aufgabe, bei der die Presse so viel vermag, besteht darin, Mißverständnisse zwischen den Völkern zu vermeiden. Wir müssen uns in größter Offenheit ausdrücken.

### Erklärungen Chamberlains im Unterhaus.

London, 26. Febr. In seiner gestrigen Sitzung befaßte sich das englische Unterhaus hauptsächlich mit aktuellen außenpolitischen Fragen. Chamberlain betonte wieder, daß die Klüftung der Kölnner Zone ausschließlich von der Erfüllung des Versailler Vertrags durch Deutschland abhängt. Eine Anfrage, ob England in der Sicherheitsfrage Frankreich irgendwelche Zugeständnisse gemacht habe, die die Handlungsfreiheit der britischen Regierung in der Frage der Klüftung Kölns beeinflussen könnten, beantwortete Chamberlain verneinend. Ueber das Genfer Protokoll befragt, erklärte er, daß die Regierung die Klüftung des Protokolls noch nicht abgeschlossen habe. Weitere Mitteilungen darüber seien nicht wünschenswert. Er könne nur sagen, daß es noch nicht beschlossen sei, die Ergänzungsanträge bereits auf der nächsten Völkerbundstagung vorzulegen.

### Neue Umsturzpläne in Bulgarien?

London, 26. Febr. Wie aus Sofia berichtet wird, ist die dortige Polizei einem großen kommunistischen Komplott auf die Spur gekommen. Der Mittelpunkt der Verschwörerbesprechungen war das Haus einer Frau Gischewa, die sich erschoss, als sie verhaftet werden sollte. Dort wurde auch einer der Hauptführer der terroristischen Gruppe, der frühere Telegraphist Geliassow, verhaftet.

### Die Krankheit des Reichspräsidenten. Verschlimmerung des Zustandes.

Berlin, 26. Febr. Die behandelnden Ärzte geben über die Erkrankung des Reichspräsidenten folgenden Bericht aus: Der Reichspräsident erkrankte am Mittag des 23. Februar ganz plötzlich an einer schweren Blinddarmentzündung, die in der Nacht eine Operation notwendig machte. Trotz der bald nach der Erkrankung vorgenommenen Operation war der Wurmfortsatz des Blinddarms brandig und in die Bauchhöhle durchgebrochen, so daß eine allgemeine Bauchfellentzündung vorlag. Der Verlauf war bis gestern abend zufriedenstellend. Wie gewöhnlich am dritten Tage nach der Erkrankung setzte heute nacht eine Verschlimmerung der Bauchfellentzündung ein, jedoch der Reichspräsident eine unruhige Nacht verbrachte. Heute morgen ist das Befinden besser, doch ist der Zustand des Reichspräsidenten ernst.

### Der König von Spanien an den Reichspräsidenten.

Berlin, 26. Febr. Der König von Spanien hat dem Reichspräsidenten folgendes Telegramm zugesandt: „Ich habe von dem guten Verlauf der Operation Kenntnis erhalten und spreche Ihnen, Herr Reichspräsident, herzlichste Wünsche für ihre völlige Wiederherstellung aus. Alfonso.“

### Ein Regierungsvorschlag zur Personalabbauverordnung.

Berlin, 26. Febr. Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes über eine zweite Aenderung der Personalabbauverordnung zugegangen. Die Regierung will, nachdem der allgemeine Personalabbau mit Ende Dezember 1924 das durch die Verhältnisse notwendige Maß im wesentlichen erreicht hat, noch einen Schritt weitergehen, indem sie die Entscheidung der Frage, in welchen Verwaltungen ein weiterer Abbau zu erfolgen hat, der regelrechten Gesetzgebung überträgt. Die Abbaufälle schon jetzt aufzuheben, ist nach Auffassung der Reichsregierung jetzt nicht möglich, weil tatsächlich noch Reichsverwaltungen vorhanden sind, deren Personalstand vermindert werden kann, sobald eine Geschäftsbereinsparung und Geschäftsentlastung eingetreten ist. Nach Verabschiedung des Gesetzes soll ein allgemeiner Abbau in Beamten und Angestellten nicht mehr möglich sein. Der Reichsrat hat die Vorlage gebilligt, aber die Benutzungsverfügungsvorschriften gänzlich gestrichen. Die Regierung hält demgegenüber an ihrer Vorlage fest.

### Die Aufwertungsfrage.

Berlin, 26. Febr. Reichsfinanzminister von Schlieffen hielt heute mit den Führern der Reichstagsfraktionen eine Besprechung über die Aufwertungsfrage ab, um ihnen die Auffassung der Regierung mitzuteilen. Es soll sich daran eine eingehende Aussprache zwischen dem Reichsfinanzminister und den Vertretern der politischen Parteien anschließen.

### Eine kommunistische Pöfalscherzentrale ausgehoben.

J. H. Berlin, 26. Februar. Nachdem es der Polizei gelungen war, die Zentralpöfalscherzentrale der kommunistischen Partei Deutschlands auszuhoben, hat die Partei sich sofort bemüht, eine neue Zentrale gleicher Art einzurichten. Nunmehr ist auch diese, die einen recht beträchtlichen Umfang anzunehmen versprach, der Polizei ebenfalls in die Hände gefallen. Sie war zum Teil noch im Aufbau begriffen und besaß sich wie die erste gleichfalls in Trepow. Man fand wieder in großen Mengen amtliche Formulare, ausgefüllte amtliche Urkunden und Kopierbriefbogen einer großen Reihe von Firmen. Es sind mehrere Verhaftungen erfolgt.

### Der preussische Barmat-Ausschuß.

Berlin, 26. Febr. In der Nachmittags-sitzung des preussischen Untersuchungsausschusses über die Staatsbankrotte sagte Barmat Threde aus, wenn er gewußt hätte, daß Barmat ohne Ausfüllung der erforderlichen Unterlagen in die Wohnung eingezogen sei, er die Wohnung beschlagnahmt hätte. Geheimrat Dr. Krüger betonte, daß Stadtkreuzer Thiede das Protokoll unterschrieben habe; von irgend einer Zusagebeeinflussung könne keine Rede sein. Im Ausschuss kam es dann zu einem kleinen Zwischenfall, als der Vorsitzende Dr. Leidig abgerufen wurde und der deutschnational Abgeordnete Dr. Deereberg den Vorsitz übernahm. Die Sozialdemokraten beantragten sofortige Vertagung der Verhandlungen. Von der Rechten und den Kommunisten wurde widersprochen. Der Antrag auf Vertagung wurde schließlich mit 13 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Die meisten sozialdemokratischen Mitglieder verließen darauf den Sitzungssaal. Abg. Dr. Leidig übernahm wieder den Vorsitz, worauf auch die Sozialdemokraten ihre Plätze wieder einnahmen. Direktor Wild vom Zentralamt für Wohnungswesen betonte, seine Behörde stehe seit Jahren in erbittertem Kampfe mit dem Auswärtigen Amt, das sich oft hindernd in den Weg stelle, wenn Ausländer aus Berliner Wohnungen entfernt werden sollten. Im Falle Barmat lag gar keine Veranlassung zur Abweisung vor, da es sich nur um eine Hausflucht gehandelt habe. Barmat handelte und andererseits Empfehlungsschreiben von dem Staatsbankrot, vom Minister Hoffe und von dem Abgeordneten Lange-Heermann vorzulegen. — Die Verhandlung wurde dann auf Montag 1 Uhr vertagt.

### Um das Zentrum in Preußen.

Von Spectorator.  
Der Kampf um das Zentrum, der nach den letzten Wahlen erst im Reichstag und später im preussischen Landtag einlegte, ist zur Zeit auf einem Höhepunkt angelangt. Es gab Optimisten, die glaubten, nach der (vom Zentrum zwar gebildeten, aber nicht geförderten) Bildung des Kabinetts Luther-Stresemann würde innenpolitisch „etwas Ruhe eintreten. Zu diesen Optimisten gehörte sogar Herr Stresemann, nachdem er unter Reichskanzler Luther wieder Außenminister geworden war. Allein die Optimisten behielten nicht recht. Der Sturm in Preußen entfaltete, als die volksparteilichen Minister — den Deutschnationalen zu Gefallen und nicht ohne das Einverständnis Stresemanns — ihren Austritt aus dem Preußenkabinet Braun erklärten, kam nicht zur Ruhe, sondern entbrannte mit einer Heftigkeit, die heute schon manchen einen der Krisenmacher angst und Bange werden läßt. Denn das Ende ist noch nicht abzusehen und die „Staatskrise“, mit der man auf der Rechten heute so leichtfertig droht, kann morgen zur Katastrophe werden. Ob dann freilich die Fraktion des Herrn Windler als Herrin der Lage aus der Krise hervorgehen wird, und nicht die des Herrn Bied (auf dessen wohlwollende Unterstützung die Krisenmacher der Rechten unbarmerzig angewiesen sind), scheint einigermaßen zweifelhaft. Aber das mag vorerst Sorge des deutschnational-volksparteilich-kommunistischen Zweckverbandes im preussischen Landtag sein.

Man gebe sich in unseren Reihen keiner Täuschung darüber hin, daß der Kampf um das Zentrum, wie er von der Rechten immer heftiger geführt wird, letzten Endes ein Kampf gegen das Zentrum ist. Das Zentrum soll entweder ein willkürliches Anhängsel der Deutschnationalen werden — so wie es die Deutsche Volkspartei bereits geworden ist — oder es soll als Partei, als politische Vertretung der deutschen Katholiken aufhören, zu existieren. Das geht klar und deutlich aus der Taktik hervor, welche die Rechte bei diesem Kampfe verfolgt. Schmähungen und Verleumdungen des Zentrums und seiner Führer wechseln ab mit freundlichen Einladungen zum Eintritt in die „staatsbürgerliche“ Koalition der Rechten. Das geht hervor aus gelegentlichen Aeußerungen offener Politiker und Journalisten der Rechten, die ungewiss dem Wunsch Ausdruck geben, das Zentrum möge, je eher, desto besser, von der politischen Bildfläche verschwinden. Das beweist endlich, das allzu eifrige Bemühen der Rechten, den Herrn von Raben und Loenard den Rücken gegen die preussische Landtagsfraktion zu stärken und die Bauern im Zentrum gegen die Arbeiter aufzubringen und umgekehrt.

Es wäre reizvoll, diese, von der Rechten seit Monaten am Zentrum verübte Zermürbungs- und Zerschmetterungs-taktik anhand der führenden Reichspresse nachzuweisen: der Kreuzzeitung (dem Blatt des Westfälischen Zentrums), der Deutschen Tageszeitung (Reichslandbund), der Deutschen Zeitung (Freitag-Vorhoben, Schlangenschönungen) und der Nationalpost (Amenenz!) — von der Eugenbergsche: dem Berliner „Tag“ und dem „Lokalanzeiger“, deren unbeschreibliche Kampfesart nachgerade das Ansehen der deutschen Presse im Auslande ernsthaft gefährdet, ganz zu schweigen; desgleichen von dem wieder auf-erstandenen Blatt des Evangelischen Bundes, der Täglichen Rundschau und der deutschnationalen Provinzpresse vom Schlage der Pommerischen Tagespost. Nur einige Kostproben — wahllos aus der Fülle herausgegriffen — seien angeführt. Die Kreuzzeitung schreibt in ihrer Wochenrundschau vom 3. Januar, „im Interesse einer Gesundung unserer verworrenen Parteiverhältnisse und einer Beilebung des nationalen Wiederaufbaus“ könne sie es nur begrüßen, wenn der Zerlegungsprozess im Zentrum möglichst schnell und gründlich vor sich gehe. Am 7. Januar stellt sie nochmals mit Genugtuung fest, daß „die Zentrumspartei vor ihrem Verfall steht“. Am 11. Januar bringt sie einen Brief aus Weistfalen zum Abdruck, in dem von der „Macht des Zentrums“ und seinem „unheilvollen Einfluß“ die Rede ist und gefordert wird, „mit eisernem Besen sollte der Angiasfall Preußen ausgeräumt werden“. — Die Deutsche

ruhe.  
abbe.  
sthalde:  
schönen  
Nr. 137,  
C Dach  
und Dr.  
Gänbel  
165  
Mozari  
G.Dur.  
Mozari  
e.  
Victoria  
Joseph  
Belmann.  
l (Orge)  
Kämpfe  
Carl Kahn  
Klavier).  
Dr. Heiser  
Philipp.  
50, 3.40,  
inlaßgeb.  
Dr. Doerr,  
Kongress  
und an der  
ten in der  
eigen ihrer  
Plagen  
Schür 12 1  
beredigen  
Stempel:  
2. März,  
8. März  
des Ber.  
870  
Berufs-  
sowie  
Privat-  
pflege-  
meiner  
und  
nfarth  
m!  
Preie!  
11 25  
men.  
stitut  
2 872  
terricht  
5 Uhr  
8155.  
Co.  
telefon 5108  
ste Corten  
in stamfens.  
en u. Metalle  
onium  
Mk. 220.-  
Mk. 75.-  
Mk. 39.-  
ng  
un i. B.  
67/1 Tel. 167  
erschuh aus  
isches  
theater  
26. Februar  
2. Sond.-Or.  
0. Wochentage 6  
enzi  
der Autoren  
4. Coper in 5  
Mich. Warner.  
Mig. A. Coper  
Mig. v. Bissard  
Personen  
Hilse  
ange am Mann  
lein a. G.  
ana Dr. Wücher  
neumia  
Wohlfelmann  
Gunter  
Gunter  
Bretes  
schio Soliminger  
Stechert  
na 6 Uhr  
10 Uhr.  
10. 7. — Mart.

Zeitung (Nr. 43 vom 27. Januar) schreibt, es müsse mit dem General von Gebiattel, der das Zentrum als eine „Gefahr“ für die Nation hingestellt hatte, heißen: „Heraus aus dem Zentrum! Wider das Zentrum! Nur so werden wir wieder zu Klaren und vor allem zu ehrlichen innerpolitischen Verhältnissen kommen.“ Und am 4. Februar leistet sich diese unentwegte Vorkämpferin für einen „nationalen“ Kurs im Reich und in Preußen folgendes: Unter der Spitzmarke „politische und andere Zentrumsgeheimnisse“ spricht sie davon, daß „Tiefenblicke“ in der „Gleichartigkeit der Korruptionsempfänglichkeit bei Zentrum und Sozialdemokratie einen weiteren Beweis ihrer inneren Seelengemeinschaft finden, die sie seit mehr als 50 Jahren zum Verherben Deutschlands immer wieder zusammenführt.“ Spricht von der „Wesensgleichheit der schwarz-roten Zunft“.

Die Sozialdemokratie bereicherte ihr Rüstzeug um die Kampfarten der Jesuiten und die Herren vom Zentrum tauschten dafür praktisch einen Teil jener förderlichen Weltanschauung ein, die man theoretisch verdammt. Hand wird nur von Hand gewaschen, wenn du nehmen willst, so gib.

und geteilt zum Schluß ein, daß es ihre Pflicht gewesen sei, die Frage aufzuwerfen,

„ob es von wohlverstandenen nationalen Interessen aus förderlich ist, eine Regierung zu führen, deren Weisheit und Weiterarbeiten lediglich von der Gnade des Zentrums abhängig ist, ob es wahrscheinlich ist, von solch einer abhängigen Regierung ein scharfes Durchgreifen im Inneren und eine Reinigung unseres politischen Lebens bis in den letzten Winkel zu erwarten. Clericus clericum non decimat heißt in zeitgemäßes Deutsch übertragen: eine schwarze Krähle hat der anderen die Augen nicht aus.“

Jedes Wort der Kritik würde die Wirkung dieses Ergusses einer echt-deutschen Seele abtöten. Er verdient aber festgehalten zu werden als charakteristisches Beispiel — als eines unter Hunderten — für Methode und Art deutschnationaler Kampfmethoden gegen das Zentrum.

Hand in Hand mit der Zermürdungs- und Verleumdungskampagne gegen das Zentrum geht nämlich die Aufspießung kulturell-kämpferischer Instinkte. Gelegentlich wird das zwar von deutschnationaler Seite mit Entrüstung bestritten. Aber was ist es anders als Appell an den furor protestanticus, an die ostelbischen Herrschgewaltigen, wenn die Kreuzzeitung am 10. Februar schreibt:

„Wird dieses Kabinett Marx Wirklichkeit, dann muß man sich wirklich über den Mut derjenigen wundern, die den preussischen Volke ein solches Ministerium aufzubringen wagen. Das überwiegend evangelische Preußen soll von vier katholischen Zentrumsministern... regiert werden! Alle diese Herren stammen aus dem Westen; nicht ein Minister ist im Norden oder Osten, in Pommern oder Schlesien heimisch.“

Man kann bei dem Blatt des Grafen Westarp nicht einmal den einzigen Milderungsgrund gelten lassen, daß es in gutem Glauben schreibt, denn es weiß, daß das inzwischen gefällte Kabinett Marx nur eine Notlösung sein sollte; daß nur deshalb vier Zentrumsminister im Kabinett Marx saßen, weil die Rechte ihre Mitwirkung versagte und jedem Kabinett in Preußen scharfe Opposition ankündigte, in dem ihr nicht die Führung überlassen bleibt. Es verdient festgehalten zu werden, was die Kreuzzeitung in ihrer Nr. 70 vom 11. Februar 1925 schrieb:

„Die Beteiligung der Sozialdemokratie durch irgendeinen Minister an einem aus Zentrum und Demokraten gebildeten Kabinett und selbst sogar eine neutrale Haltung der Sozialdemokraten zu einem solchen Minderheitskabinett würde für die Deutschnationalen und voraussichtlich auch für die Volkspartei keine andere Möglichkeit lassen, als die der scharfen Opposition.“

Der Kampf in Preußen geht jetzt um nichts anderes als um die Wiedererlangung der alten ostelbischen und kulturkämpferisch eingestellten Herrschaft von ehedem in die bevorstehende Machtstellung. Dazu braucht man das Zentrum. Weil es sich weigert, die gewöhnlichen Steigbügelhalterdienste dabei zu leisten, wird der Kampf gegen das Zentrum in Preußen mit einer Brutalität besonders gefährlich geführt, wird der untätige Marx persönlich angegriffen und beschimpft. — Marx, dessen Kabinett dieselbe Kreuzzeitung (Nr. 83 vom 19. Februar) „eine unerhörte Provokation des deutschen Volkes“, einen „einzigen großen Skandal“ nennt.

Die Folgerungen, die sich daraus für das Zentrum ergeben, sind klar:

Es muß den (von ihm wirklich nicht gewünschten) Fehdehändeln aufnehmen und den einmal entbrannten Kampf durchsetzen, und zwar so lange, bis den einschüchternden Elementen auf der Rechten die Erkenntnis dämmert, daß sie mit ihrer Verleumdungs- und Zermürdungsmethode am Zentrum ihr Ziel nicht erreichen.

Es muß die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei, aber auch der Fraktion gewahrt werden, wenn nötig, mit den schärfsten Mitteln. Wir möchten zu Gunsten der Herren von Papen und Bönary annehmen, daß sie die Situation nicht mit der Klarheit erkannt haben, die eigentlich für einen Parlamentarier unerlässlich ist. Zum mindesten sollte ihnen aber die Art und Weise, wie die Reichspresse sich jetzt schüßend vor sie stellt, die Augen öffnen. Ist das nicht der Fall, dann sind sie es ihren Wählern schuldig, ihre

Plätze solchen freizumachen, die keine innerlichen Hemmungen haben in der Erfüllung ihrer Fraktions- und Parteipflicht.

Es geht jetzt und in den kommenden Wochen ums Ganze. Deshalb: festhalten, einig und stark, wenn das Wort am Zentrum nicht zur Wahrheit werden soll: von Feinden nie besiegt, aber von den Freunden verlassen.

**Aufstand in Kurdistan.**

Angora, 26. Febr. Ein gewisser Scheich Saib ergriff durch Mißbrauch des Vertrauens des unwissenden Volkes unter Vorwand religiöser Gründe einen Aufstand in Kurdi an. Die türkische Regierung hat zur Wiederherstellung der Ordnung Waffengewalt ergriffen und den Belagerungszustand in dem fraglichen Gebiet verkündet. In der Versammlung der Volkspartei am 24. Februar hat die Partei die Maßnahmen vollkommen gutgeheißen.

London, 26. Febr. Aus Konstantinopel wird gemeldet: Es verlautet, daß die aufständischen Kurden die Stadt Charput, 100 Kilometer südlich von Erzerum, erobert haben. Scheich Saib soll den Sohn des ehemaligen Sultans Abdul Hamid zum König von Kurdistan ausgerufen haben. Die türkische Regierung läßt wenig über den Aufstand verlauten, doch kann man aus den spärlichen amtlichen Mitteilungen schließen, daß die Bewegung einen größeren Umfang anzunehmen droht. In englischen Kreisen Konstantinopels ist man der Ansicht, daß die Türken die Bewegung als Vorwand benutzen werden, um größere Streitkräfte an der Iraq-Grenze zusammenzuführen.

**Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt.**

Berlin, 24. Febr. Vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, dem Reichsminister der Finanzen und dem Reichswirtschaftsminister ist dem Reichsrat der Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt zugegangen. Der Entwurf bestimmt in seinem § 1: Zur Beschaffung und Gewährung von Krediten für Zwecke der deutschen Landwirtschaft wird unter dem Namen „Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt“ eine Anstalt mit dem Sitz in Berlin errichtet. § 2 umgrenzt den Zweck des Instituts folgendermaßen: Aufgabe der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt ist die Beschaffung und Gewährung von Krediten für Zwecke der deutschen Landwirtschaft in allen ihren Zweigen unter Einschluß der Förderung der Bodenkultur und landwirtschaftlichen Siedlung. Die Kreditgewährung darf nur an die in der Satzung bezeichneten Kreditinstitute und Stellen erfolgen. Bei der Kreditgewährung sind die Verhältnisse und Bedürfnisse der einzelnen Länder und Landesteile anzusehen zu berücksichtigen. § 3 beschränkt die Befugnis des Instituts auf folgende Geschäfte: 1. Zinsbare Darlehen zu gewähren a) an die in der Satzung bezeichneten Kreditinstitute zum Zwecke der Verfolgung der deutschen Landwirtschaft mit Real- und Personalkredit, b) an die Länder und an die von der Reichsregierung oder von den Landesregierungen bezeichneten Organisationen für Zwecke der Förderung der Bodenkultur, 2. Schuldberechtigungen auf den Inhaber bis zum achtfachen Betrage ihres Kapitals auszugeben, 3. Darlehen für die in Ziffer 1 a) und b) bezeichneten Zwecke auf die Dauer von mindestens einem Jahr aufzunehmen, 4. Devisen zu kaufen und zu verkaufen, 5. Verfügbare Kassenbestände durch kurzfristige Anlage bei sicheren Bankfirmen nutzbar zu machen. Bei der Gewährung von Darlehen an die Personalkreditinstitute sind die Zinsbedingungen so zu gestalten, daß die letzten Kreditnehmer grundsätzlich den gleichen Zinssatz zu tragen haben. § 4 stellt das Institut unter Aufsicht des Reiches. Nach § 5 wird das Kapital aus Mitteln gemäß § 9 des Gesetzes über die Liquidierung des Umlaufs an Rentenbanknoten gebildet: bei Liquidierung der Rentenbank gehen die Vermögenswerte auf die Kreditinstitute über. § 6 legt die Grundlinien der Satzung fest. § 7 trifft nähere Bestimmungen über die Verwendung des Reingewinns, die nur für landwirtschaftliche Zwecke im Sinne des § 2 erfolgen darf, soweit der Reingewinn nicht zur Erhöhung des Kapitals oder Rücklagen und der Sonderrücklagen dient. Im § 8 wird die Deduktion der auszugehenden Schuldberechtigungen geregelt. § 9 trifft Bestimmungen für den Fall des Konkurses. § 10 begründet weitgehende Steuerbefreiungen, wie sie auch die Rentenbank genossen hat. Die §§ 12 und 13 treffen die nötigen Uebergangsbestimmungen.

**Die Unterlagungen bei der Frankfurter Reichsbankstelle.**

Frankfurt a. M., 25. Febr. Nach zweitägiger Verhandlung berurteilte das erweiterte Schöffengericht den 43jährigen Reichsbankrat Leonhard wegen fortgesetzten Betrugs, Verletzung und Amtunterdrückung zu 4 Jahren Gefängnis und den 30jährigen Effektenhändler Max Kaufmann wegen fortgesetzten Betrugs und Verletzung zu 4 Jahren Zuchthaus. Kaufmann hatte als selbständiger Effektenhändler, nachdem es ihm nicht gelungen war, weder bei der Reichsbank ein Girokonto zu erlangen, noch zur Abrechnungsbüchse der Frankfurter Banken zugelassen zu werden, Effekten-

geschäfte über die Reichsbank durch Leonhard besorgen lassen. Hierdurch wurden der Reichsbank zunächst für kurze Zeit Gelder entzogen, dadurch aber, daß die Spekulationsgeschäfte Kaufmanns anfangs günstig waren, wurde immer wieder für Deckung gesorgt.

Ns aber im Herbst 1928 Kaufmann keine glückliche Hand mehr hatte, beging Leonhard für ihn, nachdem einmal ein Defizit entstanden war, Unterschlagungen im großen Umfang. Als im Sommer vorigen Jahres das Defizit bei der Reichsbank 405 000 M. erreicht hatte und Kaufmann nicht in der Lage war, dem Drängen Leonhards auf Zahlung Folge zu leisten, zeigte Leonhard die Sache seinem Anwalt an, der daraufhin der Reichsbank Meldung erstattete. Während Leonhard von Kaufmann nur kleinere Beträge für seine Leistungen erhielt, hatte Kaufmann einen erheblichen Teil der Gelder durch kupurierten Lebenswandel verbraucht. Er hielt sich vier Automobile, schenkte seiner Geliebten Brillanten, Silberwaren und Bargeld sowie Möbel, lebte sozusagen wie ein Fürst, namentlich auch in Berlin, wo er im Adlonhotel wohnte und auf großem Fuße lebte. Leonhard wurde mehr oder minder ein Opfer seiner Eutmütigkeit und Raubgierigkeit.

**Tscheka-Prozess.**

Bei der Vernehmung des Angeklagten Molis wird festgestellt, daß er seit Mai 1919 der kommunistischen Partei angehörte und 1920 politischer Abteilungsführer war. Er wurde im Herbst 1924 an einen gewissen Hans überwiefen, der ihn mit einigen Worten verprügelte. Am nächsten Tage trafen sich beide, und Hans sprach davon, daß General von Seest beobachtet werden müsse. Der Angeklagte schildert, daß Neumann für sich und ihn Gesellschaftskleider und Pfeffertüten beschaffen wollte, um sich den Zutritt zu Clubs und dergl. zu ermöglichen. In seiner weiteren Vernehmung bestritt der Angeklagte, daß Neumann ihm gesagt habe, Seest solle erledigt werden. Sprengstoffe, sowie ein Paket mit Bazillenampullen und belästigende Schriftstücke habe er von Neumann zum Aufbewahren bekommen, aber den Inhalt des verpackten Pakets nicht gekannt. Bei der Fahrt nach Südwestdeutschland habe es sich um die Wälsche Spindelbehandlung gehandelt. Für die Fahrt habe er von Neumann einen Revolver erhalten, zu seinem persönlichen Schutz aber einen Schlagring mitgenommen. In Frankfurt a. M. erhielten Seest und ich von Neumann den Auftrag, nach Stuttgart zu fahren, um dort den der Spindel verdächtigen Wegel zu beobachten. Da wir den Wegel nicht kannten, beauftragte ich Jacob (König), festzustellen, ob Wegel in Stuttgart sei. Neumann beauftragte uns am Montag morgen, einen Kriminalbeamten zu beobachten, den uns König zeigen sollte. König verspätete sich aber und ich entfernte mich, während Seest noch wartete. Mittags hörte ich dann von der Verhaftung des letzteren. Am Nachmittag fuhr ich dann mit Mörsner nach Berlin zurück. Damit war meine Tätigkeit beendet. Das Paket das mir Neumann zur Aufbewahrung übergeben hatte, stellte ich der Sicherheit halber bei Hermann unter. Am 14. April fragten zwei Berliner und ein Stuttgarter Kriminalbeamter nach dem Paket.

**Baden.**

**Handwerksfragen im achten Reichstagsausschuß.**

Unter dieser Ueberschrift erschien in der Morgenausgabe des Karlsruher Tagblattes vom 26. Februar 1928 Nr. 93 eine Notiz, welche einer Nichtigstellung bedarf. In den Beratungen und Abstimmungen des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages habe ich selbst teilgenommen. Die Frage der Errichtung eines Staatssekretariats für das Handwerk hat in den Verhandlungen einen großen Raum eingenommen. Im Karlsruher Tagblatt heißt es in dieser Sache nun wörtlich:

In der Abstimmung wurden die Anträge, einen besonderen Staatssekretär oder auch nur eine besondere Abteilung für das Handwerk zu schaffen, gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der Demokraten abgelehnt. Die Sozialdemokraten haben somit im Verein mit dem Zentrum vorläufig den Staatssekretär für das Handwerk zu Fall gebracht.

Der unbefangene Leser, auch Handwerker, gewinnt also den Eindruck, das Zentrum habe gegen die Interessen des Handwerks gehandelt. Dem ist nicht so. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat sich sehr eingehend mit der Errichtung eines Staatssekretariats für das Handwerk befaßt. Die Errichtung eines solchen Sekretariats erfordert naturgemäß einen größeren Apparat und einen Etat von Beamten etc. Im Zeichen des Abbaus und der Staatsvereinfachung ist aber äußerste Sparamkeit erforderlich und auch am Platze. Deshalb haben die Vertreter des Zentrums im volkswirtschaftlichen Ausschuß dem gerechtfertigten Bedenken der Regierungsvertreter zugestimmt, denn es hat keinen Wert lediglich Anträge zu stellen, um dem Handwerk Hoffnungen zu erwecken, von denen man weiß, daß sie nicht erfüllt werden können. Wir müssen vielmehr als erste Männer handeln und das Mögliche zu erreichen versuchen.

Die Frage des Staatssekretärs war für die Zentrumsfraktion nicht ausschlaggebend, sondern vielmehr die Schaffung einer Stelle, wo die Belange des Handwerks mit Liebe und Verständnis gewahrt werden. Ob hierzu ein Staatssekretär erforderlich ist, kann man geteilter Meinung sein. Aus diesen Gründen hat das Zentrum den Antrag eingebracht:

„Die Regierung zu ersuchen, eine besondere Vertretung für die Belange des Handwerks zu

schaffen und die dazu erforderlichen Mittel in den Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums für das Jahr 1928 einzustellen.“

Dieser Antrag wurde im volkswirtschaftlichen Ausschuß einstimmig angenommen; also auch die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, wie auch die Demokraten und Sozialdemokraten haben, wie die anderen Parteien für diesen Zentrumsantrag gestimmt.

Also gerade das Zentrum hat wieder, wie so oft, das Richtige getroffen und sich für die Interessen des gewerblichen Mittelstandes mit Erfolg eingesetzt. Das steht wesentlich anders aus, als der Kritischreiber im Tagblatt berichtet hat.

Das Karlsruher Tagblatt befaßt sich in letzter Zeit einer besonders unsachlichen Haltung gegenüber der Zentrumspartei, wie man auch bei diesem Anlaß wieder sieht.

**Ein Jahr Marx.**

Vor einiger Zeit wurde an dieser Stelle auf die im Verlag der Germania A.-G. Berlin zu erscheinende beginnende Schriftenreihe (Gesammelte Reden und Schriften zur deutschen Politik der Nachkriegszeit) hingewiesen, als Reichsanwalt a. D. Dr. Wirth das erste Heft der Reihe „Untere politische Linie im deutschen Volkstaat“ herausgab. Nunmehr ist das zweite Heft erschienen: „Ein Jahr Marx.“ Die Zeitung „Deutschlands“ von Dr. Karl Spieder, Ministerialdirektor a. D. (2. Mf.), Dr. Spieder ist der Redakteur des Kabinetts Marx gewesen und daher ausgezeichnet in der Lage, die Tätigkeit des verstorbenen Reichsanwalts Marx zu schildern. Und wer bedenkt, daß Marx Ende 1928 auf den Reichsanwalterposten berufen wurde, also zurzeit der tiefsten Tiefe deutscher Not und deutschen Elends und wie wir jetzt nach fünf Viertel Jahren jene bittere Zeit mit ihrer fürchterlichen Inflation fast allzusehr vergessen haben, der weiß zugleich zu beurteilen, was alles an Vorgängen und Maßnahmen wichtiger Art sich in der Zeit der Regierung Marx zusammengetragen hat. Der Verfasser entrollt ein Bild der Zustände im Reich, als Marx zur Uebernahme der Reichsregierung berufen wurde; er schildert die rasche, mühselige Arbeit des vorigen Winters, die Deutschland vor der Katastrophe rettete, er zeichnet die Politik, die über die Annahme des Dawes-Gutachtens nach London und zum 29. August führte. Er gibt insbesondere auch eine interessante Darstellung der ewigen Regierungsverhandlungen, die Marx im Ringen mit der Rechten um die von ihm ererbte Volksgemeinschaft zu führen genötigt war. Dr. Spieder macht nicht den Fehler, der ja hier nahe liegt, Marx zu verherrlichen, sondern er bleibt immer objektiv und wird dadurch der stillen, zielbewußten Arbeit des Kanzlers stets gerecht. Selbstverständlich kann die Darstellung nur flüchtig sein, weil die Entwidlung noch viel zu neu ist, als daß man schon eine altentworfene historische Arbeit liefern könnte. Aber Spieder selbst kennzeichnet im Schlußwort seine Schrift dahin, daß „nur die Erinnerung daran gemeldet“ werden sollte, „daß in diesem Jahre Deutschland Land gerettet worden ist.“ Das ist Wahrheit und diese Schrift mußte deshalb geschrieben werden. Daß auch andere der Ueberzeugung sind, daß unter der Führung Marx Deutschland gerettet wurde, erweist sich daraus, daß, wie Spieder hier mitteilt, bei dem Abschied von Marx vom Reichskanzleramt, Reichsminister Dr. Gessler auf Marx das Wort aus Uhlands „König Karls Meerfahrt“ anwandte: „Der König Karl am Steuer sah, der hat kein Wort gesprochen; er lenkt das Schiff mit festem Maß, bis sich der Sturm gebrochen.“ Der Verfasser schließt mit dem Satz: „Gebet Gott, daß sich der Sturm über Deutschland wirklich schon gebrochen hat!“

**Die Erhaltung der Selbständigkeit der badischen Rheinhäfen.**

Karlsruhe, 26. Febr. Die badische und die bayerische Regierung haben noch vor Jahresabschluss von dem gemäß § 1 Ziffer 3 des Staatsvertrages über den Uebergang der Staatsbahnen auf das Reich vorbehaltenen Rechte, die Hafenanlagen in Mannheim, Rheinau, Kehl und Ludwigshafen a. Rh. von dem Uebergang an das Reich auszuschließen, Gebrauch gemacht. Nunmehr sind zwischen den beteiligten Länderregierungen, der Reichsregierung und der Deutschen Reichsbahn folgende Vereinbarungen getroffen worden:

1. Die Länder haben sich vorbehalten, zur Bedienung der Hafenanlagen ein selbständiges Unternehmen zu bilden.
  2. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft übernimmt die Ausführung des Eisenbahnbetriebs in den Hafenanlagen und den Anschlußgleiten auf Grund eines noch abzuschließenden Betriebsvertrages.
  3. Die Reichsbahn wird ihre persönlichen und sachlichen Leistungen für die Hafenanlagen mit den Selbstkosten in Rechnung stellen, sofern nicht für bestimmte Leistungen feste Bauischaltgebühren vereinbart oder von der Reichsbahn besondere Gebühren erhoben werden, durch die diese Leistungen als abgegolten zu erachten sind. Besondere Verwaltungsgebühren werden nicht angerechnet.
- Die neuen Betriebsverträge sollen bereits auf 1. April in Kraft treten.

Die verständig...  
Sowie...  
den di...  
Abweh...  
Das...  
Augen...  
Presse...  
Schwa...  
sich de...  
mach...  
kraftvo...  
Berwic...  
es fast...  
allen i...  
aus de...  
sicht n...  
der Be...  
sagen...  
um die...  
Bahn v...  
inwie...  
nehmen...  
delt. G...  
unfähr...  
Blinden...  
glaubt...  
betont...  
tragener...  
sich bei...  
Die G...  
politisch...  
von Lan...  
Entwick...  
der eng...  
Schä be...  
englisch...  
ten Teil...  
ist, jeh...  
in allem...  
Hand de...  
ihre We...  
sammen...  
ferenz n...  
io verfo...  
Abweh...  
bestra...  
heffarab...  
eine na...  
mit eine...  
sichten...  
jose W...  
gen des...  
sollen ih...  
nach der...  
der ande...  
Die D...  
offene u...  
sie war...  
nigen G...  
Sowjetu...  
der still...  
wariege...  
ner der...  
seltstem...  
die Frag...  
entschei...  
men auf...  
Kontrab...  
andere...  
den Geb...  
mehr un...  
und Dis...  
chen. Un...  
Auslands...  
berfolg...  
berucht...  
Geor...  
22)  
Georg...  
die 17te...  
Frühling...  
die Erde...  
Unglück...  
Wesha...  
heit? W...  
dachte G...  
Antwort...  
bald den...  
gend.  
Siz gab...  
Kopf auf...  
Stille. W...  
unheimlich...  
des Hund...  
sprang er...  
gel an der...  
Bater...  
Haus, da...  
in wahr...  
gegen die...  
den Hof...  
desh ein...  
lündend...  
„Feuer!...  
weithin...  
lamen.  
Johanne...  
Kraft Wal...  
von Sand

### Die wahren Verbündeten.

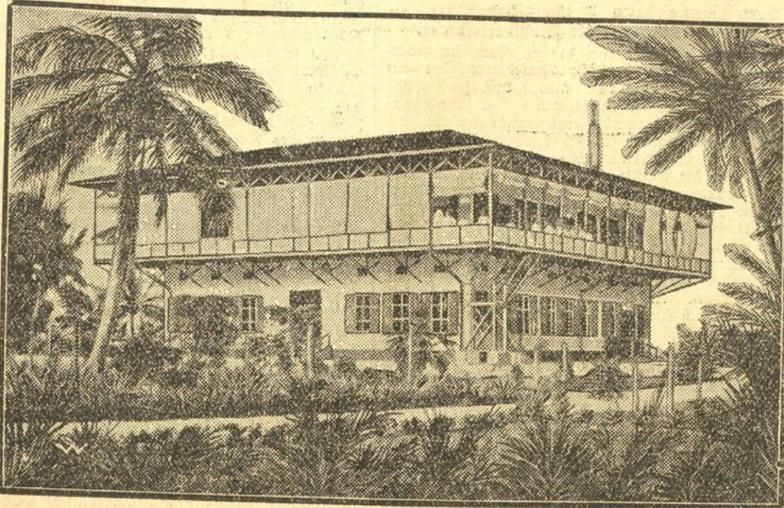
Moskau, 14. Februar 1925.

Die außenpolitischen Ereignisse mit ihren verschiedentlichen offensichtlich gegen die Sowjetunion gerichteten Konstellationen haben diese selbst in eine hin- und hergehende Abwehr-Angriff-Stellungnahme getrieben. Das teilweise Spiegelbild der russischen Außenpolitik — die Moskauer offizielle Presse — warf getreulich dieses ständige Schwanken einer nervösen Unsicherheit, die sich der Staatsführer der Sowjetunion bemächtigt hatte, zurück. Bald war es die kraftvolle Geste, mit der man den drohenden Verwicklungen begegnen wollte, bald war es fast ängstlich seiendes Sidurmwehren, um allen unerwünschten Komplikationen aus dem Wege zu gehen, und das in möglichst weitem Bogen. Aber man kann bei der Beurteilung der Moskauer Politik nicht sagen, daß es sich bei diesem Hin und Her um die gleichmäßigen und genau in der Bahn und auf Wirkung berechneten Pendelschwingungen einer bis ins Letzte berechneten Politik gehandelt hat oder noch handelt. Es sind diese Bewegungen gleich dem unsicheren Takt eines noch nicht völlig Blinden, der wohl fühlt, daß er auch den letzten Halt zu verlieren droht und der nun glaubt, mit einer wenigstens unmotiviert betonten und demonstriert zur Schau getragenen Sicherheit imponieren und Halt sich bewahren zu können.

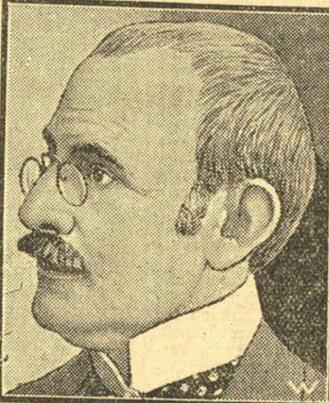
Die Entwicklung zu der jetzigen außenpolitischen Situation der Sowjetunion ist von langer Hand: ihre Schärfe hat diese Entwicklung bekommen mit der Umstellung der englischen Politik gegenüber Rußland. Sie bewußt oder auch einbildend, daß die englische Weltpolitik nur zu einem geringsten Teile eine vor den Russen spielende ist, haben die Diplomaten der Sowjetunion in allem Widerstreit gegen Rußland die Hand der englischen Diplomatie, der sie auf ihre Weise entgegenarbeiten. In diesem Zusammenhange werden die Helmsorfer Konferenzen mit den so stillen Abmachungen und so verschiedentlichen Zweideutigkeiten der Abwehrbindungen unter sich gewertet, die besarabische Frage gegen Rumänien als eine nationale Festigungspolitik angefaßt mit einer ganz bewußten Spitze und Absichten und so ist der sowjetisch-japanische Pakt zustande gekommen. — Die Grenzen des Westens und des Fernen Ostens sollen ihre politischen Stabilitäten erhalten; nach der einen Seite droht Nakowski, nach der anderen zeichnet Karachan!

Die Drohung gegen Rumänien war eine offene und unabweisliche Kriegsdrohung; sie war umso auffälliger, als noch vor wenigen Wochen die Besarabienpolitik der Sowjetunion auf einen ganz anderen Ton, der stillen und kalten Zuvosion, gestimmt war. Versuchte man damals durch Autonomiegebung an die besarabischen Einwohner der Ukraine mit einer Neuart von entfesseltem Nationalfanatismus die besarabische Frage zugunsten Sowjetrußlands zu entscheiden — was immerhin ein Unternehmen auf längere Zeit und mit unsicheren Kontrahenten —, so hat die gänzlich veränderte Außenpolitik der Sowjetunion hier den Hebel angesetzt, um mit ihm das sich mehr und mehr ineinanderfließende Rand- und Ostseeatengebilde auseinanderzubrechen. Und die sowjetischen Diplomaten und Außenpolitikler in Moskau werden in Verfolg dieser besonderen Politik nichts unberücksichtigt lassen, um nicht die widerstreitenden

### 40 Jahre Deutsch-Ostafrika.



Seute vor 40 Jahren, am 27. Februar 1885 wurde den Landesverbänden des Dr. Karl Peters in Ostafrika der Kaiserliche Schutzbrief erteilt. Nur in den ersten Jahren gab es Aufstände, im Weltkrieg hielten die Eingeborenen von Deutsch-Ostafrika treu zu uns und deshalb ziemt es sich auch besonders des Tages der



Dr. Karl Peters, der Begründer von Deutsch-Ostafrika.

Erwerbung zu gedenken. Die wirtschaftliche Erschließung und wissenschaftliche Erforschung des Landes hatten bereits gute Fortschritte gemacht, bis zu Beginn des Weltkrieges Engländer, Südafrikaner und Belgier das Schutzgebiet überfielen und durch außerordentlich große Uebermacht schließlich auch in ihre Gewalt brachten.

Interessen der einzelnen Randstaaten gegeneinander auszuspielen und sich diese zu Nutze zu machen suchen. Rumänien und die besarabische Frage ist in diesem Zusammenhange nicht mehr als gerade willkommen seiende Gelegenheit der kraftvoll drohenden Seite, mit der man so herum sich selbst beruhigen und die anderen gefügiger machen will in dann folgenden Entspannungsbemühungen. — Ein nicht minderer Faktor in der längeren Kette außenpolitischer Festigungspolitik von seiten Rußlands ist der Ferne Osten insgesamt. Japan als nunmehriger Vertragspartner und obendrein als zu schlängenschlau für solche Zwecke, scheide aus in diesen Betrachtungen: China und die Mongolei sind hier die Hebelarme sowjetischer diplomatischer Ränne. Die Mongolei, in letzter Zeit mehr und mehr unter dem politischen Einfluß der Sowjetunion gelangt, ist und wird in besonderen Fällen für die Sowjetunion ein wichtiger Stützpunkt sein und erfährt in der Kenntnis solcher Wichtigkeit alle aufmerksame Behandlung, die ein solcher Freund in der Not nur verdient. China mit seinen durch die Jahrzehnte gehenden und immer wieder aufs neue von den Großmächten geschürten Haß ist der Punkt, von dem aus die Sowjetunion sich energisch bemüht, dem Weltmachtstandard zum endgültigen Wanken bringenden Stoß zu versetzen, um

die Weltmachtinteressen von sich ab und auf die bedrohte Position hin zu lenken. Ist das das Ziel der fernöstlichen Rußlandpolitik, so sind die Mittel und Wege eine ausgesprochene Nationalpolitik, im Anschluß an den einen Glaubenssatz des Bolschewismus, der Internationalismus und Nationalismus in eines sanktioniert. Von welchen besonderen Einstellungen aus hierbei die Politik der Sowjetunion gehen will, wo sie in diesen allen ihren weltpolitischen Unternehmungen ihre Freunde und Verbündeten sucht zur Erreichung auch des Zieles der Weltbolschewisierung, das erzielte vor kurzem der nunmehr ernannte Vorsitzende im Obersten Kriegsrat als Nachfolger Trotskis, Frunse, in einem anlässlich seines Amtsantritts herausgegebenen Armeebefehl: „Die Außenpolitik der Sowjetunion wolle den Frieden erhalten und Blutopfer der arbeitenden Massen vermeiden, wobei die Kolonial- und Halbkolonialvölker die wahren Verbündeten blieben. Die Tatsache, daß die großen und kleinen Mächte feindliche Gruppen mit der Spitze gegen die Sowjetunion bildeten, zwänge jedoch die Rote Armee und Flotte, sich stets bereit zu halten.“ — An die Worte Frunses könnte, wer hohft veranlagt, nicht sehr schmeichelhafte Kommentare knüpfen, die aber anderen überlassen bleiben sollen. Wir

wollen doch annehmen, daß die Sowjetunion in ihrem Friedensbestreben nicht nur sich eine Unüberlegtheit Frunses zur Richtung nehmen wird und damit auf den Krebsgang kommt, sondern daß alles dieses Streben nur dann von der Sowjetunion als fruchtbar erkannt wird, wenn es mit den gleichen Kräften in Europa sich vereint! Nur hierauf kann bei ehrlichem Willen zu Frieden und Freundschaft das Ziel gerichtet sein: dem Friedensgedanken der in Europa ehrlich Friedfertigen nahe zu kommen suchen und an dem Ausbau des Friedensgedankens zu praktischer Verwendbarkeit mitzuarbeiten ohne jedwede Illusions- und Bolschewisierungspolitik. Hier als ehrlicher Mitarbeiter kann die Sowjetunion sich um den Frieden Europas und der Welt verdient machen; Bündnispolitik mit Kolonial- und Halbkolonialvölkern haben Funken in sich, die Weltbrände zünden können und es werden.

Aber nicht nur Frunse allein ist kriegerisch und legt alles aufs Spiel mit dem Feuer an: Gregorij Sinowjew mobilisiert die Partei, um die Spannung zu haben im gegebenen Augenblick: „Die verstärkte Aufmerksamkeit gegenüber der Bauernschaft ist nicht nur durch innenpolitische, sondern mehr noch durch außenpolitische Erwägungen diktiert. Angesichts der drohenden Kriegsgefahr ist das Verhältnis zwischen Bauern und Arbeitern von ganz besonderer Bedeutung, da der Ausgang des Krieges davon abhängen werde, wie weit der Zusammenschluß zwischen Dorf und Stadt fortgeschritten sei.“ — Es kann nur den Anschein erwecken, daß in Sowjetrußland bestimmte Kräfte am Werke sind, die „Politik der letzten Mittel“ als das Gegebene hinzustellen und die Sowjetunion in ein Abenteuer zu stürzen, vor dem jeder Freund Rußlands nur warnen kann! Sowjetrußland gebe oder lasse sich von unverantwortlich Redenden nicht den Anschein geben, daß es mit dem Worte „Krieg“ im Munde den Frieden der Welt wolle. Frunse und Sinowjew sind nicht die Sowjetunion und nicht das russische Volk insgesamt; doch man lasse diese kriegerische Wortausgelassenheit nicht unüberhört in der Welt wirken; es würde nur Wasser auf die Mühlen der Weltkrieger geben und Sowjetrußland hätte das Kennzeichen des Friedensförderers auf sich geladen, wo es der Hüter des Friedens sein will und den Anschein des Bemühens hierum sich gibt! — Dswalw Bzenau.

### Zivilversorgung der Wehrmachtangehörigen.

Es ist in der letzten Zeit mehrmals in der Öffentlichkeit darauf hingewiesen worden wie dringend notwendig es ist, daß sich weitere Kreise für die Unterbringung unserer nach 12jähriger Dienstzeit auscheidenden Wehrmachtangehörigen interessieren und einsehen. Von der Art ihrer Unterbringung im Zivilleben hängt es ab, ob die guten Elemente, die jetzt den Kern unseres kleinen Heeres bilden, weiterhin ihre Jugendjahre und ihre Kraft dem Vaterlande zur Verfügung stellen.

Es ist selbstverständlich und braucht daher hier nur gestreift zu werden, daß alle Wehrmachtangehörigen bei der Abnahme einer scharfen Prüfung auf die Zuverlässigkeit unterworfen werden. Da der Zustand sehr stark ist, kann bei der Auswahl ein sehr strenger Maßstab angelegt werden. Während der 12jährigen Dienstzeit geht der Soldat durch eine sorgfältige Schule der Erziehung und bei seinem Auscheiden wird er sich durch die Art seiner Lebens- und Berufsaus-

übri gen über das Sofa in der Wohnstube, melkte die Kühe, zündete Feuer im Küchenherd an und deckte den Kaffeetisch.

Georg kam herunter, blaß, mit tiefen Schatten um den Augen.

„Ich will nach der Brandstelle“, sagte er und schritt rasch hinaus.

Frühe Kirchengänger begegneten ihm und sprachen mit gedämpfter Stimme teilnahmsvoll von dem Brandunglück. Oftmals mußte Georg Rede und Antwort stehen, was verbrannt war und ob wenigstens das Vieh gerettet sei; aber die Kirchengänger tat einen tiefen Schlag und mahnte die Säumigen.

So konnte Georg seinen Weg fortsetzen. Schon im Fledern sah es trüblich aus. Wüste Brandstellen störten die feiertägliche Straße, waren wie ein Schmerz in der Osterfreude. Langsam bog Georg um die Ecke, von der wohlausgerichteten Gäurerreife der Laminenstrasse standen noch drei oder vier Häuser am Eingang der Straße mit zerprüngenen Scheiben. Sonst nur ein ödes Trümmersfeld.

Bis er die Stelle des Vaterhauses fand, der Tritt und ein paar Mauerreste, und dann schaute man über Schutt und Steinmassen in den Garten, wo einige frühe Obstbäume blühten. Die stedenlosen weißen Blüten waren verengt. Zweige hingen anekohlfraktlos herab, aber die gelben Primeln schauten freundlich in die Zerstörung und die roten und weißen Marienblümchen lachten so fröhlich in die Welt, als habe nie ein wütendes Element an Menschenfleisch keine Kraft gemessen.

(Fortsetzung folgt.)

### Georg Freibergs Aufstieg.

Roman von Igna Maria.

Georg stand am Fenster und schaute in die sternreiche Frühlingnacht. Der erste Frühlingsvollmond goß mildes Licht über die Erde und leuchtete freundlich über dem Unglück des verflorenen Tages.

Weshalb dieses Wüten gegen die Menschheit? Weshalb dieser furchtbare Brand? dachte Georg und fand keine befriedigende Antwort. Er legte sich zur Ruhe und schlief bald den tiefen, traumlosen Schlaf der Jugend.

Er gab klagenden Laut, Floß warf den Kopf auf, schnupperte und heulte in die Stille. Mit einem Ruck erwachte Georg, unheimlich klug das langgezogene Geulen des Hundes. Noch halb traumbehangen sprang er aus dem Bett und sah im Spiegel an der Wand — Flammen tanzen!

„Vater!“ rief er durch das schlafende Haus, „das Scheunendach brennt!“ Er zog in wahnfinniger Hast die Kleider an, schlug gegen die Schlafzimmertüren und rante in den Hof. Krachend stürzte das Scheunendach ein, die Borräte an Heu und Stroh ähndend.

„Feuer! — Feuer!“ Seine Stimme gestellte weithin, weckte Nachbarn, die hilfreich herbeikamen.

Johannes Freiberg pumpte mit aller Kraft Wasser, Tante Lina füllte Eimer, die von Hand zu Hand wanderten und in ho-

dem Bogen ihren Inhalt in die Feuerergut schütteten.

Schon alarmierte der Feuerruf den schlafenden Ort. Wieder rücte die Wehr an, aber das Feuer fraß sich durch die trockenen Lehmwände der Ställe und zwang die Menschen vom Hofe. Zimmer näher kam es dem Wohnbaue. Georg trug mit Nachbarn die besten Möbelstücke hinaus, er sah die bitteren Tränen von Lina Damm und sein Herz bäumte sich in ohnmächtigem Grimm.

Da hatten die Flammen sich einen Weg gebahnt, der obere Boden brannte, der Aufbewahrungsort für die abgedrohtene Frucht.

Noch schliefte man in fieberhafter Eile Möbel ab, bis Johannes Freibergs klare Stimme Einhalt gebot. „Das Dach senkt sich, es soll niemand um ein Möbelstück zugrunde gehen.“

Gleich feurigen Schlangen wehten die Gardinen aus den offenen Fenstern, Türen brannten, Betten flammten, der Oberstoch schien von unsichtbarer Hand illuminiert. Das Feuer lief knisternd die Treppe hinab und fand im Erdgeschöß neue Nahrung.

Mit verzengten Haaren jagte der Vater durch das Flammenmeer auf Lina Damm zu, sie hob das zitternde Tier auf ihre Arme und ging mit Kathrine weinend nach der Lindenallee. Ihr folgte Fritz und Floß mit hängenden Ohren und schleifender Rute.

Ein Bersten — ein Krachen — brunnend stürzte das Haus zusammen. „Vater!“ rief Georg verzweifelt auf. „Junge, wer wird sich gehen lassen!“ Der Alte strich beruhigend über des Jungen

verkrampfte, rauchgeschwärzte Hände, aber das Wasser schoß ihm heiß in die Augen, als er sein Haus vergehen sah. Sein Haus, das er sich durch jahrelanges Sparen erworben, und das durch keine Versicherungs-summe gedeckt war.

Bei Gleiches wurden in aller Eile Schlafzimmer für die Abgebrannten hergerichtet. „Ihr müßt jetzt ruhen, ihr macht das Gesichtene nicht ungeheuer.“

Gehorsam fügten sich die drei. Tante Lina hielt noch immer den Kater im Arm.

Steghaft leuchtete die Osterjonne, ihre hellen Strahlen schlüpften bis in den dunklen Hühnerstall und weckten den bunten Gahn. Der schaute auf seine schlafenden Lieblingsfrauen, klappte ein paarmal mit den Flügeln, reckte sich und schmettete sein fröhliches Kikeriki in die schlummernde Welt.

Davon erwachten die Kühe, die wohligh auf frischer Streu geruht, sie rasselten an den schweren Eisenketten und brüllten ihr dumpfes Mub. Braune und Weiße, des Schäfers Johannes Freiberg geretteten Kühe, schauten mit verwunderten Augen in die fremde Umgebung. Sonst hatten sie allein den Stall beherrscht, nun standen noch drei buntgefärbte Kühe neben ihnen, und Peter, Freibergs Mastschwein, grunzte erstaunt, als es sich beim Erwachen in einem fremden Stall wiederfand. Fritz und Floß lagen trübselig nebeneinander auf einem Bunde Gaserstroh und blinzelten in die Sonne.

Als die Ostergloden zur Frühmesse riefen, nahm Kathrine die wohlgeputzten Freibergschen Familienbilder und hängte sie zu den

Wirtschaftlichen Organisationen, die die Demokratie, wie die Zentrumsan- wieder, wie sich für die Mittelstandes nicht meistenten, wie die Sonner. fleißig sich umschaffen, wie oder sieht. dieser Stelle U.C. Ver- Schriftenreihe zur deut- hingewie- Wirtshaus stische Linie gab. Nun- men: „Ein reichlands“ erialdirektor der Presse und daher tätigkeit des er zu schil- Mary Ende en berufen Tefe deut- und wie wir jene bittere kation fast keß zugleich gängen und in der Zeit edrängt hat. der Zustände nnahme der er schilbert es vorigen der Kata- Politik, die G-Gutachten führte. Er effante Dar- verhandlung der Rechten gemeinschaft wieder macht e: naheliegt, er bleibt im der stillen, ers stets ge- die Darstel- Entwidde- man schon beit liefern kennzeichnet dachin, daß edt“ werden e Deu t i ch. Das ist ehe deshalb ande der er Führun- en, eracht sich mitteilend, bei eichkanzler- Hefler auf ds „König. Der König in Wort ge- mit festem chen.“ Der „Gebet Gott, land würlich

ändigkeit ften. Roman von Igna Maria. Georg stand am Fenster und schaute in die sternreiche Frühlingnacht. Der erste Frühlingsvollmond goß mildes Licht über die Erde und leuchtete freundlich über dem Unglück des verflorenen Tages. Weshalb dieses Wüten gegen die Menschheit? Weshalb dieser furchtbare Brand? dachte Georg und fand keine befriedigende Antwort. Er legte sich zur Ruhe und schlief bald den tiefen, traumlosen Schlaf der Jugend. Er gab klagenden Laut, Floß warf den Kopf auf, schnupperte und heulte in die Stille. Mit einem Ruck erwachte Georg, unheimlich klug das langgezogene Geulen des Hundes. Noch halb traumbehangen sprang er aus dem Bett und sah im Spiegel an der Wand — Flammen tanzen! „Vater!“ rief er durch das schlafende Haus, „das Scheunendach brennt!“ Er zog in wahnfinniger Hast die Kleider an, schlug gegen die Schlafzimmertüren und rante in den Hof. Krachend stürzte das Scheunendach ein, die Borräte an Heu und Stroh ähndend. „Feuer! — Feuer!“ Seine Stimme gestellte weithin, weckte Nachbarn, die hilfreich herbeikamen. Johannes Freiberg pumpte mit aller Kraft Wasser, Tante Lina füllte Eimer, die von Hand zu Hand wanderten und in ho-

fassung, durch seine Zuberlässigkeit und seine guten Formen vorzuziehen von vielen untercheiden, die eine solche Lebensschule erlernen müßten. Dazu wird er während seiner Dienstzeit dauernd angehalten, an seiner Weiterbildung zu arbeiten. Dies geschieht durch den teils pflichtmäßigen, teils freiwilligen Besuch der Seereschule, die sich sowohl die Förderung der allgemeinen Bildung, wie auch die Vorbereitung auf den einen oder anderen Lebensberuf angeht. Die Berufsberatung paßt sich ganz den Fähigkeiten und Neigungen des Soldaten an; er kann ebenjotut für die Beamtenlaufbahn, wie für einen freien Beruf (Kaufmann, Kaufmann, Sanftmeyer) von bewährten Lehrkräften ausgebildet werden. Ausschließlich entscheidet sich aber die Mehrzahl der Soldaten für die Beamtenlaufbahn, offenbar um sich eine Pension zu sichern. Ihr Anspruch ist rechtlich begründet. Für die Anstellung der Versorgungsbeamten in Beamtenstellen des Reichs, Staats- und Gemeindebediensteten sind Anstellungsgrundzüge vom 28. 7. 22 erlassen. Darin ist genau festgelegt, welche Behörden und Verwaltungen zur Anstellung von Versorgungsbeamten verpflichtet sind und welche Stellen nach Zahl und Art ihnen in den einzelnen Verwaltungen vorbehalten sind. Wer die Unterbringung nicht auf große Schwierigkeiten. Obwohl der Soldat auf Grund des Wehrgesetzes und des Wehrmachtversorgungs-gesetzes einen gesetzlichen Anspruch auf die Ein-zureichung in die Beamtenlaufbahn hat, konnte in den letzten Jahren nur eine ganz verschwindende Zahl von Versorgungsberechtigten untergebracht werden.

Zunächst muß festgestellt werden, daß durch den langen Krieg sich die Zahl der versorgungs-berechtigten Kapitulanten deshalb stark vermehrt hat, weil eine Abgangsmöglichkeit nicht vorhanden war. Dazu kamen sodann die zahlreichen Schwerkrriegsbeschädigten und all diejenigen Kapitulanten, welche infolge Auflösung des alten Heeres den Beamten- bezw. den Zivilversorgungschein erhielten. Es stand von vornherein fest, daß es nie möglich sein werde, all diese Inhaber von Versorgungsansprüchen in den Staats-dienst aufzunehmen. Hier suchte man Abhilfe durch Selbstbindung an Stelle des Scheines zu schaffen. All diese Versuche sind aber natürlich nur Halbmittel; es muß unbedingt erreicht werden, daß der Staat die übernommenen Verpflichtungen einlöst, und daß den Wehrmachtangehörigen ihr Recht wird, soll die Erörterung unter den Beteiligten nicht weitere Kreise ziehen.

Die größte Entlastung und Sorge löste die Personalabbauberechnung, die Einberufungs- und Beförderungssperre unter den Soldaten aus. Statt daß auf eine geregelte Unterbringung der Versorgungsbeamten im Zivildienst von allen abgehenden Behörden hingewirkt wurde, kamen obige Gesetze auch für die Langgehenden in Anwendung, und nur wenige Erleichterungen wurden nachträglich da und dort zugestanden. Man mag zu dem Beamtengefeß stehen wie man will, so wird man doch zugeben müssen, daß für die auf 19 Jahre verpflichteten Wehrmachtangehörigen eine noch vollere Berücksichtigung hinsichtlich ihrer Zurückführung in den bürgerlichen Beruf unerlässlich ist, wenn man die gesunde Blut-zufuhr für das Heer nicht unterbinden will.

Dem neuen Reichstag liegen erfreulicherweise eine Reihe von Gesetzentwürfen und An-träge in dieser Richtung vor, die, wenn sie eine würdigen Lösung finden, geeignet sind, dem Wehrbestand in der Versorgung unterer Be-zugsstufen wenigstens teilweise abzuhelfen.

Als solche sind in erster Linie zu nennen: Be-freiung der Einberufungssperre, Aufhebung der Personalabbauberechnung, Schutz der Ver-sorgungsbeamten vor Entlassung bei den Ab-bauverwaltungen, Anrechnung der Militärdienst-zeit auf das Besoldungsdienstalter der Beamten usw. Es wird ferner noch die Erhöhung der Wehrgehaltszuschüsse und die Abfindungs-summe für den Zivildienst auf die Vor-triebsbeiträge angelehnt.

Vorher aber all diese Bestimmungen zur Tat werden, halten wir es für eine vaterländische Pflicht, daß auch die Geschäftswelt und das Un-ternehmertum einspringen und die erprobten Wehrmachtangehörigen, die alle alle Feldsol-daten sind, und ihre Angehörigen durch Anstellung einer sorgenvollen Wartezett entziehen.

Die Qualität unseres Berufsheeres wird künftig nicht zuletzt davon abhängen, ob das Volk und insbesondere die Volkvertretung sich mehr wie bisher für die Versorgung der Wehrmacht-angehörigen einsetzen wird.

### Tscheka-Prozess.

#### Ausfagenverweigerung. — Die Leipziger Verteidigung beim Reichsjustizminister. — Verhandlungen ohne Wahlverteidiger.

Leipzig, 24. Febr. In der Nachmittagsverhandlung waren sämtliche Verteidiger bis auf Rechtsanwalt Samter wieder anwesend. Im Namen der Gesamtheit gab Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld eine Erklärung ab, die die Verteidigung seit sich darin einigt, daß die Erklärung des Präsidenten, einer der Verteidiger habe die Rechte eines solchen erteilt und die Anordnung, diesen Verteidiger abzuführen, gegen die Interessen der Beschäftigten und gegen die Rechte der gesamten Anwaltschaft verstoße. Die Verteidigung fühle sich verpflichtet, bei den zuständigen Stellen vorstellig zu werden und bitte, die Verhandlungen bis Donnerstag früh auszusetzen. Ueber diesen Antrag zog sich das Gericht nach kurzer Debatte zur Beschlußfassung zurück. Nach einer halbstündigen Beratung wurde der Beschluß gefaßt, der Staatsgerichtshof sei aufgrund eingehender Erwägung zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Antrag der Verteidigung auf Aussetzung der Verhandlung mit der dazu gegebenen Begründung abzulehnen sei. Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld gab daraufhin im Namen der Verteidigung die Erklärung ab, daß die Verteidiger den weiteren Verhandlungen vor Erledigung der Vorstellungen bei den zuständigen Stellen nicht beizutreten könnten; sie würden aber die Verteidigung beibehalten und am nächsten Donnerstag früh wieder zur Stelle sein. Sämtliche Verteidiger mit Ausnahme der Rechtsanwältin Dr. Goldstein und Dr. Schindler verließen darauf den Saal. — Rechtsanwalt Dr. Neumann beantragte, an Stelle der anderen Verteidiger Offizialverteidiger zu setzen. Der Angeklagte Mayer erklärte im Auftrag einiger Angeklagter, daß diese bei Stellung eines Offizialverteidigers keinerlei Ausfagen machen werden. Sie würden weitere Ausfagen verweigern, wenn ihnen die Wahlverteidiger nicht wieder zugestanden würden.

Das Gericht beschloß, zur Bestellung der Offizialverteidiger die Verhandlung bis Mittwoch vormittag 10 Uhr zu unterbrechen.

Leipzig, 25. Febr. Die heutige Verhandlung wurde mit der Mitteilung des Vorsitzenden eröffnet, daß wegen der absehbenden Geltung der Verteidigung jetzt Offizialverteidiger bestellt seien. — Rechtsanwalt Dr. Goldstein ver-wahrte sich gegen eine in einer Zeitung er-chienene Behauptung, nach der es den Anklägern aus dem Saal hätte geföhrt werden müssen und sich gemehrt hätte. Dr. Samter habe freiwillig den Saal verlassen. Der Vorsitzende faßte dann mit der Verlesung des Protokollauszuges des Angeklagten Sagon fort. Der Angeklagte selbst erklärte dazu, daß er jede Aussage verweigere, der Vorsitzende berief sich trotzdem weiter. — Nach einiger Zeit wird die Verhandlung auf 5 Minuten unterbrochen. Es wird darauf das Protokoll verlesen, das das Geständnis des Angeklagten Sagon enthält. Sagon protestiert dagegen, da sein Verteidiger nicht anwesend sei. Dann wurde das Protokoll mit dem Geständnis des Angeklagten Poegel verlesen. Der Offizialverteidiger beantragte, die Sitzung zu unterbrechen, da Poegel nicht mehr den Verhandlungen folgen könne. Der Vorsitzende erwiderte die Sachverhältnisse, Poegel auf seine Verhandlungsfähigkeit zu untersuchen. Inzwischen tritt eine Pause ein.

Nach einer kurzen Pause wurde ein ärztliches Gutachten dahin erstattet, daß der Angeklagte Poegel wohl über Kopfschmerzen leide, daß er aber handlungsfähig sei. Als Poegel nochmals vernommen werden sollte, verweigerte er jede Aussage; auch der Angeklagte Mördner weigerte sich, etwas auszusagen. Auf Befragen erklärten sich nur die Angeklagten Diener und König zu Ausfagen bereit. Ein Antrag des Reichsjustizministers eine entsprechende Umstellung der Vernehmung vorzunehmen, wurde vom Gericht abgelehnt und dann das polizeiliche Protokoll über die Vernehmung in Stuttgart verlesen. Es wurde dann eine ein-stündige Mittagspause angelegt.

#### Die Leipziger Verteidigung beim Justizminister.

Berlin, 25. Febr. Heute vormittag haben sich die Rechtsanwältin, die gestern im Leipziger Tscheka-Prozess gegen das Vorgehen des Vor-

sitzenden protestierten, zum Reichsjustizminister in Berlin begaben und ihm einen Bericht über die gestrigen Vorgänge im Leipziger Gericht selbst gaben. Inzwischen hat auch das Gericht selbst dem Reichsjustizminister um eine Darstellung des Zwischenfalls überhandt, jedoch der Minister bereits in der Lage sein dürfte, sich aus beiden Schilderungen ein Bild der Vorläufe zu machen. Es muß ausdrücklich betont werden, daß auch die drei nach Berlin gekommenen Leipziger Verteidiger sich keineswegs für die Person des Rechtsanwalts Dr. Samter ein-setzen, dessen Vorgehen mit der Erklärung der Gesamtheit der Verteidigung bereits hinreichend gekennzeichnet wurde. Sie wollen lediglich dagegen protestieren, daß es einem Gericht möglich sein soll, einen Rechtsanwalt an der Ausübung seiner Tätigkeit als Verteidiger zu behindern.

#### Fortführung des Tscheka-Prozesses auch ohne die Wahlverteidiger.

Leipzig, 26. Febr. In der Nachmittags-sitzung des Tscheka-Prozesses wurde der Angeklagte Lesniffe vernommen. Er gab die Erklärung ab, daß er und seine Frau unter einer so schmerzhaften Anklage stünden, daß sie sich ihre Verteidiger wählen müßten. Es wurden auch in diesem Falle nur die polizeilichen Protokolle über die Vernehmung des Angeklagten verlesen, die aber nichts wesentlich Neues ergaben. Die Verhandlung wurde dann auf Donnerstag vormittag verlagert. Der Vorsitzende bemerkte, daß die Verhandlungen auf jeden Fall weitergehen sollen, ob die Wahlverteidiger erscheinen oder nicht.

Leipzig, 26. Febr. Zu Beginn der heutigen Sitzung ist die Spannung im Saal groß. In Erwartung von Zwischenfällen ist der Andrang so stark wie an den ersten Prozesstagen. Es er-scheinen jedoch die Offizialverteidiger, wie auch die Wahlverteidiger, bis auf Rechtsanwalt Dr. Samter. Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld bittet, eine kurze Erklärung abgeben zu dürfen. — Vorsitzender: Ich habe die vorerlöste Erklärung entgegenzunehmen, die sich nicht auf die Sache bezieht. Während der Erörterung über diesen Punkt tritt Rechtsanwalt Dr. Samter dem Saal, ohne daran gehindert zu werden. Rechts-anwalt Dr. Neumann: Meine Behörde hat stets den Standpunkt vertreten, daß sämtliche Prozessteilnehmer nur Erklärungen zur Sache abgeben dürfen. Wir können die vorliegende Strafsache nur fördern, wenn wir uns streng in den Grenzen der Prozesführung bewegen. — Der Gerichtshof zieht sich zur Beratung zurück und beschließt die Ablehnung der Erklärung der Verteidigung. Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld beantragte nunmehr die Zurücknahme der Stellungnahme der Offizialverteidiger, da die Wahlverteidiger nicht erschienen seien und nachdem die zuständigen Stellen eine Prüfung des vorgelagerten Zwischenfalls im prinzipiellen Sinne zu-gesagt haben. Der Vorsitzende bittet dann die Offizialverteidiger, sich wieder zu entfernen. — Darauf wird in die Vernehmung des Angeklagten Neus eingetreten.

#### Zum Tode Brantings.

Karl Gjalmar Branting wurde am 23. November 1860 in Stockholm geboren, wo sein Vater als Lehrer der Seemannsschule lebte. Seine Mutter stammt aus abeliger Familie und war recht wohlhabend, so daß Branting von ihr später ein nicht unerhebliches Vermögen erbt. Er besuchte die vornehme Volksschule in Stockholm, wo der Unterricht auf Religiosität gegün-dert war. Dort war Branting Schüler des späteren Königs Gustaf von Schweden. Früh schon regte sich in ihm ein lebhaftes Interesse an der Agronomie. Als Schüler war er im Ober-laborum in Stockholm tätig, ebenso später, nach den Universitätsjahren in Upsala, als Assistent.

Nach einer Reise ins Ausland jedoch, bei der er mit der Sozialdemokratie bekannt wurde gab er seine wissenschaftliche Laufbahn als Agronom auf und widmete sich seit 1884 der sozialistischen Propaganda. Als Mitarbeiter an der Zeitschrift „Loben“, die er eine Zeitlang finanziell stützte, trat er zunächst schriftstellerisch hervor. Später überließ er diese Zeitschrift der beginnenden schwedischen Arbeiterbewegung und begrün-dete 1888 die Tageszeitung „Sozialdemokraten“, die er dann dauernd leitete. Sie gipfelte war er beim Aufbau der schwedischen sozialdemokratischen Parteiorganisation tätig. In den schwedi-

sehen Reichstag wurde er 1896 als der erste So-zialist gewählt. Inzwischen hatte sein religiöses, feindliches Auftreten ihm 1889 eine Gefängnis-strafe zugezogen. Auch in den Arbeiterkämpfen in Norberg und Gese spielte er eine Rolle. Später führte er mit Erfolg einen lebhaften Kampf um das allgemeine Wahlrecht, nach dessen Ein-zureichung der Einfluss der sozialdemokratischen Partei und damit der Brantings als Parteiführer in Schweden erheblich wuchs.

Nach den Herbstwahlen von 1917 trat er als Finanzminister in das neue Liberalistische Kabinett ein. Anfangs Januar 1918 löste er sein Amt auf, weil er die auf die Mel-dung bezugte, infolge „beplausigter Krankheit“. Im November 1918 erging an ihn ein Appell der deutschen Sozialdemokratie, sich gegen die Ver-gewaltigung des niedergeborenen Deutschland einzusetzen zu wollen. Er antwortete, daß er dies getan habe und folgte dem Wunsch, daß die deutschen Genossen ihre gewaltige Revolte an im Rahmen der Demokratie auch gegen verkleidete Tyrannen von unten klar und fest feiern mög-ten.

Inzwischen war die sozialistische Bewegung in Schweden stark angewachsen, jedoch nach den Wahlen vom Frühjahr 1920 Branting je n erstes Kabinett bilden konnte. Aus Neuwahlen im Herbst 1920, die eine Stärkung wieder der Kon-servativen ergaben, zog Branting die Folgerung, indem er zurücktrat, nachdem die Liberalen den Eintritt in ein Koalitionskabinett um abgelehnt hatten. Ein zweites rein sozialistisches Kabinett bildete Branting im Oktober 1921, nachdem die Septemberwahlen seine Partei wieder erheblich herabsetzten. Einmal blieb er bis zum April 1923 an der Regierung. Als dann die Neuwahlen der ersten Kammer durch Neuwahlen ausnahmtrotz er zurück. Es folgte ein Ministerium Löfdag. Dieses löste Branting nach den für ihn günstigen Neuwahlen im Herbst 1924 wiederum mit einem dritten, rein sozialistischem Kabinett ab. Es war seiner Regierungsziele bezeugt er als bald die Entmilitarisierung Dänemarks auf Schweden zu übertragen, Ar-mee, Marine und Polizei innerhalb sechs Mona-ten aufzulösen und die traditionelle Vorherr-schaft einer Minderheit in Schweden zu bestrafen. Branting war Mitglied des Völkerverbundes.

#### Brantings Beisehung am Sonntag.

Berlin, 26. Febr. Die „Voss. Ztg.“ meldet aus Stockholm: Der Zeitpunkt für die Beisehung Brantings ist jetzt endgültig auf Sonntag nachmittag 3 Uhr festgesetzt worden. Von führenden Politikern des Aus-landes haben bisher Stauung-Dänemark und Cham-England ihr Kommen zuge-sagt. Die Sozialdemokratische Partei teilt die Bildung eines Branting-Fonds mit und bittet, anstelle beabsichtigter Blumenpenden einen Beitrag an den Fond zu überweisen.

#### Der Prozess gegen die württembergischen Kommunisten.

Leipzig, 25. Febr. Vor dem 2. Strafsenat des Staatsgerichtshofes zum Schutz der Republik begann heute der zweite große Kommunisten-prozess gegen die württembergischen Kom-munisten. Angeklagt sind der Landtagsabgeordnete Gallier und sechs weitere Personen. Alle Angeklagten haben sich wegen Hochverrats, Beiföh-nung zum Hochverrat und Waffendiebstahls zu be-zantworten. Im Oktober und November 1923 wurden in Freiburg und Umgebung Waffen, Munition und ein Nachschubwagen geföhnt. Die Waffen wurden in einem Eisenbehälter verpackt und sollten zu einem kommunistischen Aufstand herbeigeföhrt werden. Die Angeklagten sind ge-föhnt, waffen aber nur rechtsgerichteten Kreisen die Waffen wegzunehmen haben.

Noch am Mittwochabend wurde folgendes Urteil gefällt: Der Landtagsabgeordnete Gal-lier und der Baumunternehmer Ulmenhainder er-hielten je zwei Jahre Gefängnis und 150 Mk. Geldstrafe. Die Angeklagten Salan, Wolbe, Finckelbein, Raupp und Boerner erhielten je ein Jahr Gefängnis und 100 Mk. Geldstrafe, Sie-gwart 3 Monate Gefängnis und 100 Mk. Geld-strafe.

Der Dritte Strafsenat beurteilte den kom-munistischen Parteiführer Reimann der unter der Anklage der Vorbereitung zum Hochverrat stand, zu sechs Monaten Gefängnis.

### Seltsames von Tieren und Pflanzen.

Von Dr. V. A.

Von „insektenfressenden“ Plan-zen hat schon jeder gehört, denn ihre Kenntnis reicht weit zurück; schon im Jahre 1763 bis 1765 stellte der englische Naturforscher Ellis Un-tersuchungen über den Einfluss der Berührung auf das Zusammenklappen der Blätter bei insekten-fressenden Pflanzen an. Seitdem sind diese Pflanzen in fast allen Zonen entdeckt worden. In Deutschland sind es hauptsächlich die in den Mooren vorkommenden Fettkrauter, deren Laub-blätter ganz keine Drüsenhaare tragen, die einen süßlichen Duft und einen ledrigen Saft ab-gelassen, der das Insekt festhält, dann einlöst und schließlich dem Verdauungsstadium überliefert. Auch die Sonnenraupfresser in unseren Mooren gehören zu den insektenfressenden Pflanzen; hier bleibt das Tierchen an den Spitzen der Pflanzen-fäden hängen, mehr sich und berührt dadurch immer mehr von den heimtückischen Fäden, bis es nach etwa einer halben Stunde ganz von den ledrigen Fäden umgeben ist und dem sicheren Tod entgegengeht.

Auch von Blumen, die ihre Blüten und Blätter immer der Sonne zudrehen, hat schon jeder gehört, aber von der „hüften“ Pflanze ist noch wenig bekannt; und doch berichtet das „Journal de la Sante“ von einer solchen in den tropischen Ländern vorkommenden Pflanze, deren Frucht ähnlich wie unsere ge-wöhnliche breite Bohne ausfällt. Es handelt sich um eine besonders empfindliche Pflanze, von großer „Erregbarkeit“, um ein Gewächs, das leicht in Wut gerät, wenn es nur vom ge-ringsten Staub bestäubt wird. Seine Blätter zeigen als Atmungsorgane ausgebreitete Luft-kammern, und sobald die Oberfläche derselben

auch nur von einigen Staubkörnchen bedeckt wird, pflanzt sich dieser Reiz nach innen fort, die Kammerzellen füllen sich mit einem besonderen Gas, schwellen mehr und mehr an, bis sie schließlich mit einer Explosion platzen und dabei ein Ge-räusch auslösen, das sich genau wie der Husten der Kinder beim Neuschneeinhören; sie dient in ihrer Heimat als Zimmerglocke, und da beim Ein- und Ausgehen immer etwas Staub auf-gewirbelt wird, so häutet die Pflanze fast den ganzen Tag. Nachts aber tut sie nichts, denn bei der geringsten ungeschickten Bewegung, die im Zimmer vor sich geht, fängt sie an zu husten oder zu „bellern“, wie ein heiserer Hund, und verrät so den fremden Eindringling.

Auch der in Nordamerika vorkommende Baum-wollbaum gehört zu den Pflanzen, die Gas erzeugen; in den Kernzellen dieses Baumes ist ein Gas enthalten, das mit bläulicher Flamme wie unser Kohlenoxydgas verbrennt, aber in-solge seines hohen Wasserstoffgehalts mehr Kalorien erzeugt als das übliche Naturgas, das in Sümpfen und Röhren vorkommt und durch Selbstentzündung die bekannten Frlüchter er-zeugt.

Eine seltsame Pflanze ist auch der von den Indianern sogenannte „Spermbaum“, der in Nevada in Nordamerika vorkommt. Dieser nur zwei Meter hohe Baum besitzt die höchste Eigen-schaft, ein so starkes Selbstleuchten zu erzeugen, daß der Schein im Dunkeln tausend Meter und weiter wahrgenommen werden kann. Unmittelbar beim Baum selbst ist es sogar mög-lich, Druckdrücken zu lesen oder andere Arbeiten zu verrichten.

Ein anderes Naturwunder ist der „Regen-baum“ in Südamerika, der gegen zwanzig Meter hoch wird, und dessen Blätter wie hydrostatische Kräfte die Eigenschaften besitzen, die Feuchtigkeit der Luft anzuziehen, und auf der Oberfläche zu kondensieren. Diese Sonden-

fallen auf den Blättern ist so groß, daß das Wasser andauernd von den Zweigen herunter-rieselt und die ganze Umgebung in sonst trock-nem Gelände benetzt.

Das Gegenstück hierzu bildet ein merkwür-diger Baum auf den Südpazifischen Inseln. Er wird etwa zehn Meter hoch, trägt Äste und Zweige nach Art eines Regenstichens und ist voll-kommen laublos. Bis jetzt hat weder Knospen noch Blätter an ihm gesehen worden, und sein Holz ist hart wie Eisen, so daß die Eingeborenen es nicht einmal zum Brennholz benutzen können. Demgegenüber muß der Grassbaum in Afrika als ein äußerst nützlicher Baum bezeichnet werden, denn er liefert richtigen Alko-hol. Ein halber Zentner Kernsaft liefert zwei bis drei Liter Normalspirit. In Australien benutzen die Eingeborenen diese Eigenschaft des Baumes schon lange, um alkoholische Getränke herzustellen. (Wie herrlich, wenn man diese Pflanze bei uns als Zimmergewächs kultivieren könnte!)

Schließlich wollen wir noch die auffallend schnell wachsenden Pflanzen betrach-ten. Hier steht der Bambus an erster Stelle. Bambus arundinacea L. wird bis zu 40 Meter hoch bei einem Durchmesser von nur 20 bis 40 Zentimeter. Sind die Halme erst einmal einen Meter hoch, so schieben sie mit ungemeiner Geschwindigkeit in die Höhe, das Wachstum be-trägt bis zu zehn Zentimeter im Tag, so daß der Baum schon nach wenigen Wochen seine volle Höhe erreicht hat und von da an sich nur noch innerlich ausweicht und langsam reift wird, was etwa vier bis fünf Jahre in Anspruch nimmt.

In einem soeben erschienenen Buch „Unsterb-lichkeit und Verjüngung“ hat Dr. Metchnikoff alles Material zusammengestellt, das die Wissen-schaft über die Lebensdauer von Tieren

und Pflanzen kennt. Die Unterschiede sind bei den verschiedenen Arten der Flora und Fauna sehr groß.

Am längsten unter den Tieren sind die Reptilien und Amphibien. Die Riesenschlange wird über dreihundert Jahre alt, diejenige im Londoner zoologischen Garten wurde 1787 ge-fangen und war damals ihrer Größe nach min-destens schon hundert Jahre alt. Der Frosch wird sechzig und die Kröte vierzig Jahre alt.

Der Elefant wird zweihundert Jahre alt. Das Pferd und das Kamel 40, die Kuh, Gemse, der Löwe und der Tiger 20 Jahre alt. Der Hund, der Wolf, der Fuchs und das Eschöchen leben etwa 10 Jahre, der Bär hingegen etwa 50, und der Gais nur 5 bis 6 Jahre. Unter den Vögeln werden der Adler, der Schwan, der Papagei, der Hahn und die Gule über 100 Jahre und die Gans 80 Jahre alt, der Storch 75, der Sturk, der Kranich und die Wachtel 40, die Ente 30 und der Kanarienvogel 25 Jahre alt.

Unter den Fischen erreicht der Secht 300 Jahre und der Sturk 150. Die Luster wird gegen 100, die gewöhnliche Muschel etwa zehn und die Weinbergschnecke sechs Jahre alt. Der Stur-egei kann 25 und der Regenwurm 10 Jahre alt werden.

Unter den Pflanzen haben die Getreide-arten nur eine kurze Lebensdauer von einigen Monaten, während die Rannen und Eppelien 300—400 Jahre und die Eichen gar 1000 Jahre alt werden. Die Sequoia gigantea in Nord-amerika, die über hundert Meter hoch wird, er-reicht ein Alter von 4000—5000 Jahren.

Die Pflanzen haben also, obwohl sie wie die Tiere aus einzelnen Zellen aufgebaut sind, eine sehr beträchtliche Lebensdauer, hauptsächlich des-wegen, weil sie von Parasiten, Mikroben usw. weniger angegriffen werden.

Man hat verschiedentlich nach einer Gele-benheit über die Lebensdauer der Tiere ge-

Die  
Bran-  
2. Eige-  
neuer  
ständiger  
Zun-  
die ich  
Sitzung  
Wg.  
eine an-  
nung  
müßte  
Schon h  
durch  
gebröht  
im wirt-  
allen V  
bau der  
gestellt,  
gang da  
burg h  
geschäd  
Bühnen  
z. hahn-  
und die  
Nachdr-  
Ug.  
Anfrage  
ta 16 a  
Er wür-  
gen un-  
halten  
hau, te  
um An  
Gemein-  
Dfner g  
einen B  
berühm-  
sch auf  
Reich u  
in De  
ständnis  
ede. E  
wäre u  
es die  
über B  
das La  
Ausbau  
Ober-  
Anfrage  
Ueberra  
geschlo-  
tet, die  
bauen.  
schilber-  
Regieru  
aus 2  
1924 er-  
Staats-  
Reichs-  
stelle U  
die M  
lich ber-  
müße d  
Baden  
bedürft  
die Mei-  
bedürft  
die Mei-  
hau, u  
übergan-  
das gar  
nach g  
notwend  
richtig!  
ergeren  
mit de  
Stelle  
sich aus  
baut e  
wie h  
Mit d  
sien n  
Ug.  
die D  
St. B  
Leitf-  
rium  
werden  
nen ni  
werden  
loster n  
höfzeru  
und es  
der Ba  
forsch  
gemein  
Kultsch  
Regel  
die Res-  
die G  
Mensch  
sprechen  
Doc  
allgeme  
schzig  
schgehr  
der n  
die Me-  
meyer  
famen  
Das  
bad. B  
2. Mä  
bzwie  
Mittel-  
Lona  
Sollit  
Welt  
spielen  
transp  
franz  
bildet  
die hie  
soll g  
komm-  
große

# Die badischen Eisenbahnwünsche im Landtag.

Karlsruhe, 26. Februar.

Präsident Dr. Baumgartner eröffnet die 22. Sitzung mit der Mitteilung des Einganges neuer Anträge und Gesuche, die an die zuständigen Ausschüsse verwiesen werden.

## Die Bahnbauanträge.

Die schon auf der Tagesordnung der letzten Sitzung stehenden, verhandelt.

Abg. Engelhard (Ztr.): Wohl noch nie hat eine an einem Bahnbau interessierte Bevölkerung so große Enttäuschung erleben müssen wie die des hinteren Necktals. Schon die Geländebestimmung hat ihnen i. Zt. (durch die Geldentwertung) schweren Schaden gebracht. Darum muß der Ausbau der Bahn im wirtschaftlichen Interesse der Gegend mit allem Nachdruck gefordert werden. Der Unterbau der ersten Teilstrecke ist ja bereits fertiggestellt, und die Schienen sind da. Der Ausbau des Kruges und die Befestigung von Offenburg hat jenes Gebiet wirtschaftlich schon schwer geschädigt. Auch die Ausbeute der staatlichen Bahnen dort fordert den Ausbau der Necktalsbahn. Es ist auf eine Rentabilität zu hoffen und die badische Regierung möge mit allem Nachdruck für den Bahnbau eintreten. (Beifall.)

Abg. Wölfer (Dp.) begründet die förmliche Anfrage wegen des Ausbaues der Murgtalbahn (Raumünzach—Mosterreichenbach). Er würdigt einen Rückblick auf die Entwicklung des ganzen Ausbauprojektes. Eine Reihe von Ausbauelementen sind bereits fertig und es ist unwirtschaftlich, sie liegen zu lassen. Die günstigste Zeit zum Ausbau hat die Reichsbahn verpaßt. Die Gemeinden haben an Geld und große Opfer gebracht; man hat von ihnen später noch einen Bauzuschuß gefordert; die württembergische Regierung hat das abgelehnt und beruft sich auf den Staatsvertrag zwischen dem Reich und den Ländern, nach dessen Bestimmungen die Reichsbahn den Ausbau vorzuziehen müsse. In Berlin fehlt aber offenbar das nötige Verständnis für die Interessen unserer Süddeutsche. Es gibt drei Wege: die badische Regierung möge mit Nachdruck vom Reich verlangen, daß es die Reichsbahn veranlasst, die Bahn zu bauen, oder Baden sucht den Staatsgerichtshof an, oder das Land Baden findet Mittel und Wege, den Ausbau zu vollenden.

Oberregierungsrat Seeger beantwortet die Anfrage: die Reichsbahn ist nach dem beim Uebergang der badischen Bahnen an das Reich geschlossenen Staatsvertrag § 17 verpflichtet, die begonnenen Bahnen in Baden auszubauen. Redner zählt diese Bahnbauten auf und schildert die Verhandlungen der badischen Regierung mit dem Reich. In § 13 des Statuts der Reichsbahngesellschaft, die 1924 errichtet wurde, ist allerdings der § 17 des Staatsvertrages als nicht wirksam für die Reichsbahngesellschaft erklärt worden. Die finanzielle Lage der Reichsbahn verleihe das, erklärte die Reichsbahngesellschaft. Man sei grundsätzlich bereit zum Ausbau, aber eine dritte Seite müsse die Mittel aufbringen. Es handelt sich in Baden um den Ausbau von 14 Bahnen. Die badische Regierung glaubt, daß wenn auch nicht die Reichsbahn, so doch das Reich dem Lande die Mittel zur Verfügung stellen solle zum Ausbau, und diese Grundzüge sollen auch für die übrigen noch nicht begonnenen Bahnbauten gelten. Es sei unerträglich, daß die Länder, die das ganze Bahnnetz abgegeben haben, nun auch noch die zur Fertigstellung dieser Bahnbauten notwendigen Mittel aufbringen solle. (Sehr richtig!) Es wird sich jedenfalls die Möglichkeit ergeben, die badischen Bahnwünsche gemeinsam mit den anderen Ländern an maßgebender Stelle zur Sprache zu bringen. Redner äußert sich auch zu den Gesuchen wegen Bahnhöfbauten in Baden. Der Baukostenrichtige sich hier nach dem Zustand der Geldmittel. — Mit dem Bahnausbau Tittsee—St. Blasien wird in Wäde begonnen werden.

Abg. Duffner (Ztr.) spricht speziell für die Dringlichkeit des Bahnausbaues Tittsee—St. Blasien. Zum wichtigsten sollte eine Teilstrecke (bis Seeburg) als Probiorium fertiggestellt und dem Verkehr übergeben werden. Die Interessen in Falkau usw. können nicht warten, bis alle Hochbauten erstellt werden. Die Fertigstellung dieser Teilstrecke kostet nur 400 000 Mk. Es habe sich der Verbleib dort eine gewisse Erregung bemächtigt, und es sei dringend zu wünschen, daß endlich der Bahnbau zustande kommt.

forstlich und gefunden, daß ein Lebewesen im allgemeinen um so älter wird, je langsamer sein Pulsschlag ist. Lange Zeit hat man auch die Regel von Linnés gelten lassen. Danach ist die Lebensdauer ungefähr fünfmal so groß, als die Entwicklungsdauer eines Lebewesens. Der Mensch wächst etwa 20 Jahre lang, dementsprechend wäre sein Höchstalter etwa 100 Jahre. Doch wird diese Regel heute nicht mehr als allgemein gültig anerkannt, denn eine Gans, die achtzig Jahre alt wird, braucht sicherlich keine sechzehn Jahre, bis sie ausgewachsen ist; auch ist der natürliche Tod durch Altersschwäche nicht die Regel, denn die meisten Tiere sterben entweder infolge einer Krankheit oder eines gewaltigen Todes.

Das nächste (7.) Sinfonia-Konzert des bad. Landestheater-Orchesters findet Montag, den 2. März, abends 7½ Uhr, statt. Es wird ein vorwiegend klassischer Abend sein, in dessen Mittelpunkt die Aufführung des Violin-Konzerts D. Dur von Mozart steht. Solist ist Konzertmeister O. Voigt, der in dem Werk die Kadenz seines Lehrers S. Mozart spielen wird. Die beiden Aufhänger der Vortragsfolge sind dem instrumentalen Schaffen Franz Schuberts entnommen. Den Anfang bildet die schöne Romanz in G-Dur, die hier seit längerer Zeit nicht mehr im Konzertsaal gehört wurde. Als imponanter Abschluß kommt Schuberts instrumentales Hauptwerk, die große Sinfonie in C-Dur, zur Aufführung. Die

musikalische Leitung des Konzertes liegt in den Händen von Kapellmeister W. S. Neuz (Deutschens-Oberhaus Charlottenburg), der schon mehrmals als Gastdirigent im Laufe des Winters sich bekanntlich in den hiesigen Musikkreisen große Beachtung und Anerkennung erworben hat.

Landestheater. Leitsings Meisterlustspiel „Minna von Barnheim“ oder das „Goldene Kleeblatt“, das am Samstag, den 28. Februar, von Felix Baumbach neuinszeniert, zum ersten Mal wieder in Szene geht, wird auch in völlig neuem, von Emil Durland hergestellten Szenischen Rahmen erscheinen. — Mit Ausnahme des „Wirts“ (Gugo Höder) sind sämtliche Rollen neu besetzt: Neben Martha Möller in der Titelrolle und Siegfried Nürnberg als „Major von Zellheim“ wirken die Damen Berlow und Witzhammer, sowie die Herren Herz, Ritter und von der Trend-Illici in den übrigen führenden Aufgaben mit.

Am Sonntag (1. März) gelangt Wagners „Der fliegende Holländer“ zur Wiedergabe. Die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Wilh. Franz Neuz vom Deutschen Opernhaus in Charlottenburg als Gast, unter dessen Stabführung das 7. Sinfonia-Konzert am Montag, den 2. März, wie auch Wagners „Meistersinger von Nürnberg“ am Dienstag, den 3. März, stehen werden.

Zum Direktor der städtischen Kunsthalle in Mannheim ist Dr. Hartlaub, der seit dem Weggang Dr. Wagners die Kunsthalle vertretungsweise geleitet hat, ernannt worden.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) hatte eine öffentliche Aussprache über die Bahnbauten angeregt, die im Rahmen der Verhandlungen lieber vertrieben gesehen, da ja alle Parteien im Ausschuß einig waren und dort die Fragen gründlich behandelt wurden. Redner weist die Unterstellung in der Zentrumspresse gegen sein Verhalten am Freitag nach als Verdrehung und „Verlogenheit“ zurück; vor sozialdemokratischer Seite seien alle Bauprojekte befürwortet worden. Und die Reichsbahndirektion habe im Ausschuß erklärt, daß die Bahnlinie Tittsee—St. Blasien bezw. Seeburg, die Necktalsbahn und die Murgtalbahn gebaut werden sollen wenn die Mittel da sind. Des Vordringlichkeitsantrags Ziegelmair habe es also nicht bedurft. Bezüglich der Bahnbauten werden wir von der Reichsbahngesellschaft nicht viel zu erwarten haben. Die Reichsregierung aber darf sich aufgrund des Staatsvertrages nicht weigern, wo es sich z. B. beim Ausbau der Linie Tittsee—Seeburg nur noch um einen Geldbedarf von 400 000 Mk. handelt. Redner bespricht dann die Frage des Ausbaues der Bahnlinie Neckarsteinach—Schönau h. S.; die Bevölkerung dort leidet an Mangel an landw. Grundbesitz und benötigt darum den Bahnbau dringend, da zahlreiche industriell beschäftigte Wege zu ihrer Arbeitsstelle zu machen haben. Zum mindesten müßte zunächst die Bahn nach Schönau gebaut werden. Redner erfuhr die Regierung um nachträgliche Unterbringung auch für die Linien Osterburken—Merchingen und Sartheim—Königsheim. Die Aussicht der Regierung über die Bahnbauten seien sehr dürrig ausgefallen, speziell wegen des Heidelberg Bahnhofs. Weribolles Gelände liegt dort seit Jahren unbenutzt da und die Entschlung der Stadt nach Westen ist abgebrochen, solange man in der Frage des Bahnhofsbaus nicht klar steht; auch die Gefahr von Betriebsunfällen liegt vor. Reichsbahnverwaltung und Reichsregierung müssen da eingreifen und den Bahnhofsneubau beschleunigen.

Abg. Ziegelmair-Oberkirch (Ztr.) weist die Unterstellungen des Abg. Maier (Soz.) gegen ihn entschieden zurück. Redner hat ebenso wie Abg. Maier Interesse der Wähler im Landtag zu vertreten, und daß er aus wahlagatorischen Gründen gehandelt habe, weiß er durchaus nicht. Am letzten Freitag war nicht Abg. Maier, sondern Ritter (Komm.) der Sieger; Maier war schuldig, daß die Sitzung am Vormittag nicht fertig wurde, indem er als Vizepräsident die Sitzung auf Nachmittag vertagte, und nachmittags hat er gemeinsam mit Abg. Ritter die Verhandlung sabotiert. Ueber diese Bahnfragen darf sehr wohl öffentlich verhandelt werden. Der Antrag des Redners, daß die Bahnbauten Tittsee—St. Blasien, Oppenau—Griesbach und Raumünzach—Mosterreichenbach als vordringlich erklärt werden sollen, wurde eingebracht, lediglich im Interesse der Sache und ganz im Einklang mit den Verhandlungen im Haushaltsausschuß. Abgeschlossene Landesgebunden sollen in erster Linie dem allgemeinen Verkehr aufgeschlossen werden. Dazu sollen vor allem die Geldmittel dazu verwendet werden, und in zweiter Linie zu Bahnhöfbauten (Beifall).

Abg. Hertle (Ddb.) spricht für sein Antrag, mit dem Bau der Bahnlinie Osterburken—Merchingen bald zu beginnen und erucht die bad. Regierung, daß recht bald damit angefangen werde.

Abg. Großhans (Soz.) begründet seinen Antrag die Regierung möge in Berlin auf die möglichst baldige Inangriffnahme des Baues der am 26. März 1920 schon genehmigten Verbindungsbahn Engen—Merzingen hinwirken. Es betriehe im Interessengebiet dort auch eine erhebliche Industrie und landwirtschaftlich sei sie eine der schönsten des Landes.

Vizepräsident Gebhard gibt zwei neue Anträge bekannt, die an die Ausschüsse verwiesen werden.

Abg. Wittenmann (Ztr.) gibt eine Erklärung ab zu den Vorgängen am letzten Freitag, er habe allerdings sich für ein Abkommen verwendet, daß keine Diskussion mehr stattfinden solle, um die Tagesordnung noch in der Vormittagsstunde zu erledigen. Das sei aber hinfallig geworden durch eine ungeschickte Wortmeldung und einem eingebrachten Antrag, und er habe dann sofort die übrigen Fraktionsmitglieder davon verständigt. Er und die Zentrumsfraktion seien also in dieser Sache nicht weiter beteiligt. Redner begründet dann den Antrag, die Regierung möge bei

dem Reichsverkehrsministerium dahin wirken, daß sie auf die Reichsbahngesellschaft einwirkt, daß die vom Reich vertraglich zum Ausbau übernommene Bahnlinie Sartheim—Königsheim baldigst erstellt wird. Das keine Verbindungsstück muß gebaut werden — im wirtschaftlichen Interesse der dortigen Bevölkerung, me Redner näher begründet. Wo ein Wille, da ist auch ein Weg! Es ist eine moralische Pflicht des Landes, für das was es vor Jahrzehnten im Sinterland veranlaßt hat, ein gemachtes wieder Ersatz zu leisten. Das Reich muß seinen Vertrag halten; durch das Statut der Reichsbahngesellschaft ist es seinen Verpflichtungen aus dem Staatsvertrag nicht ledig geworden (Beifall).

Abg. Seubert (Ztr.) erklärt den Bau der Bahnlinie Wolfach-Rippoldsau für den dringlichsten. (Redner hat einen entsprechenden Antrag gestellt.)

Abg. Reichaupt (Ztr.) spricht sich für die Dringlichkeit des Bahnhofsbaues in Kullendorf aus. Bezüglich der Bahnbauten hält die Volkspartei den Bau aller Straßen für dringend notwendig; aber so wie es heute Anträge genehmigt hat, hat Redner vorgezogen, weitere Anträge nicht mehr zu stellen, da es angesichts der finanziellen Lage unmöglich sei, alle Wünsche zu erfüllen; wichtig z. B. wäre schon seit 1872 propagierte Projekt Zimmern—Schwadenreute, das im Interesse eines rationalen kaufmännischen Verkehrs liegt. Der internationale Ost-Westverkehr, der jetzt auf die Schweiz übergegangen ist, kann dadurch Baden wieder zugeführt werden.

Abg. Goffe (Ddb.) erklärt, ein Vordringlichkeitsantrag war nicht mehr notwendig. Alle heute verhandelten Bahnwünsche sind schon sehr alt. Daß ein so hoher Prozentsatz der noch auszubauenden Bahnen auf Baden fällt, erhöht die Verpflichtung des Reiches zum Bau. Redner weist u. a. auf die dürftige Lage der Oberrheinischen Bevölkerung hin, die dringenden Bahnbau verlange. Die badische Regierung möge festhalten und von der Reichsregierung die Durchführung des Staatsvertrages verlangen.

Abg. Amann (Ztr.) unterstützt den Antrag betr. Bahnbau Engen—Merzingen und Leobert. Der Antrag ist im letzten Freitag.

Abg. Schmidt-Breiten spricht im Interesse des Bahnbauens Breiten—Kürnberg. Die Murgtalbahn kann nur ausgebaut werden — nach dem Staatsvertrag — wenn auch die Strecke Breiten—Kürnberg gebaut wird. Redner ist gegen eine Vordringlichkeitsklärung einzelner Straßen.

Abg. Schneider-Heidelberg (Ztr.) spricht zum Bahnbau Neckarsteinach—Schönau und zum Bahnhofsneubau Heidelberg. Auch im Steinachtal (Oberrhein) handle es sich um große Kaufmännische. In der Hauptfrage aber gilt es, die wirtschaftliche Lage der dortigen Bevölkerung zu heben, die des Bahnbaues dringend bedarf. Die Industrie dort hat große Schwierigkeiten der Abförderung auf den schlechten Landtrassen (im Hecken). Der Ausbau der Bahn muß also dringend gefordert werden. Redner schildert die schlimmen Verhältnisse an Bahnhöfen Heidelberg, die schnellstens beseitigt werden müssen.

(Ein inoffizieller, eingegangener Gesandtenbrief über die Freidigung an das Landmerkmal wird an den Haushaltsausschuß vortragen.)

Abg. Fischer-Freiburg (Ztr.) empfiehlt die alsbaldige Fertigstellung der Bahn Tittsee—St. Blasien und bespricht die Verhältnisse am Bahnhof Freiburg, die ebenfalls unzureichend sind. Der Bahnhof Freiburg mit seinem großen Verkehr hat nur drei Bahnsteige! Das Bahnhofsgebäude selbst ist heute völlig ungenügend; ebenso die Ausgänge. Die Verlegung der Güllentalsbahn ist ebenfalls dringend. Trotz der schlechten finanziellen Lage müssen solche unabweisbaren Wünsche berücksichtigt werden.

Abg. Dr. Föhr (Ztr.) protestiert gegen den Ausdruck „Verlogenheit“ des Abg. Maier (Soz.) in bezug auf die Darstellung der Vorgänge am Freitag nachmittags in der „Freiburger Tagespost“. In der sozialdemokratischen „Volkswacht“ (Freiburg) sei in durchaus unmaßlicher Weise von einem „Zentrumsmandat“ die Rede. Tatsächlich habe das Zentrum den Versuch gemacht, zu einer Vereinbarung über den Abschluß der Debatte nach am Vormittag zu kommen, das sei aber hinfallig geworden. Nach dem stenographischen Bericht habe Abg. Maier (Soz.) am Freitag nachmittags gesagt, er hätte seine Opposition eingestellt, wenn Abg. Ziegelmair seinen Vordringlichkeitsantrag zurückgezogen hätte. Ebenso habe Maier von der „Führung Ritters“ gesprochen. Die Vorgänge vom letzten Freitag seien nicht zu entschuldigen. (Beifall.)

Abg. Saß (Ztr.) ergänzt noch die schon erfolgte Begründung in der Bahnbau Sartheim—Königsheim. Die bestehenden Zustände bezeichnet er als schilbbergerfremd. Die Rentabilität der noch zu bauenden Strecke sei außer Frage. Auch die Industrie dort brauche die Bahn; der Ueberfluß an industriellen Arbeitskräften sollte dort arbeiten können und nicht in die Städte abwandern müssen. Auch die Verkehrsverhältnisse in jener Gegend verlangen den Bahnbau; das Sinterland wird da auch heute noch tief mütterlich behandelt. Redner bittet um die Ausführung des früher schon geplanten Beschlusses des Landtags im Sinterland — über nicht in Autos, sondern mit der Bahn.

Abg. Müddert (Soz.) tritt ebenfalls für die Anschließung abgeschlossener Gebiete an den Verkehr ein. Wenn 700 Millionen an die Ruhrindustriellen wandern, sollte man auch dafür etwas übrig haben. Redner tritt speziell vom Karlsruher Standpunkt für den Ausbau der Murgtalbahn ein.

Abg. Arnold (Soz.) tritt für Verbesserung der Bahnhofsverhältnisse in Mannheim ein; der Bau eines weiteren Bahnhofs sei notwendig.

Abg. Ritter (Komm.): Entscheidend für neue Bahnbauten sind heute die Ententeleistungen im Verwaltungsrat der Eisenbahn; die Reden für neue Bahnbauten sind nur Wahrsagen. Redner stimmt allen heutigen Anträgen zu. Wenn die Sozialdemokraten sich über die Ruhestörungen äußern, so sei das Heuchelei, da ja die sozialdemokratischen Minister der Auszahlung jener Gelder zugestimmt haben.

Abg. Maier (Soz.) bemerkt sich dagegen, daß er im Schlepplau des Abg. Ritter (Komm.) gehandelt habe. Redner sucht vielmehr die Schuld an den bedauerlichen Vorgängen dem Zentrum zuzuschreiben, von dem einzelne Abgeordnete ihrem Fraktionsvorsitzenden sich nicht gegen seinen Willen am Freitag nachmittags habe seinen tiefsten Grund daran, daß einmal (durch die Obstruktion) gezeigt werden sollte, daß man sich solchen Abmachungen zu fügen habe. Von der zweiten Mitteilung des Abg. Wittenmann (Hinfälligkeit der Vereinbarung) habe er (Maier) übrigens nichts erfahren.

Abg. Maier (Soz.) bezieht sich auf das Wort, Abg. Amann (Ztr.) bemerkt persönlich gegen Abg. Maier, daß er nur dessen Auftritte als Abgeordneter am Freitag, nicht als Präsident gemeint habe.

Nach weiteren persönlichen und Geschäftsverhandlungen und nachdem der Bericht erstatter und die Antragsteller auf das Schlußwort verzichtet hatten, erfolgt die Abstimmung.

Zunächst wird der Zusatzantrag Ziegelmair (Ztr.) u. Gen., daß der Reichsregierung gegenüber die Bahnlücken Tittsee—St. Blasien, Oppenau—Griesbach, Raumünzach—Mosterreichenbach, Raumbünzach—Mosterreichenbach als die vordringlichsten Aufgaben zu bezeichnen seien, mit 21 (Soz., Dem., Dem. und Landb.) Stimmen angenommen.

Der Haushaltsausschuß-Antrag: der Landtag wolle

1. die Regierung ersuchen, bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck auf die Fertigstellung der unter § 17 des Staatsvertrages über den Uebergang der badischen Eisenbahnen an das Reich fallenden Bahnlücken Tittsee—St. Blasien, Oppenau—Griesbach, Raumünzach—Mosterreichenbach, Raumbünzach—Mosterreichenbach, Raumbünzach—Mosterreichenbach—Kürnberg, Neckarsteinach—Schönau und Lindeheim—Kürnberg hinzuwirken;
2. die dazu vorliegenden Anträge und Gesuche dadurch für erledigt zu erklären

wird hierauf in Ziffer 1 (mit dem Zusatzantrag Ziegelmair-Oberkirch) einstimmig angenommen, ebenso Ziffer 2.

Der Antrag des Landtages betr. den Bau der Linie Osterburken—Merchingen wird einstimmig angenommen (bei einer Enthaltung). Der Antrag Großhans (Soz.) betr. den Bahnbau Engen—Merzingen, findet einstimmige Annahme, ebenso der Antrag Wittenmann (Ztr.) u. Gen., betr. die Erstellung der Bahn Sartheim—Königsheim, und ebenso (bei einer Enthaltung) der Antrag Seubert (Ztr.), Erbauung der Bahn Wolfach—Rippoldsau. Schluß 12 Uhr. Nächste Sitzung: Freitag vorm. 9 Uhr.

## Neue Anträge im badischen Landtag.

Karlsruhe, 26. Febr. Unter den neuen Anträgen, die dem Landtag in den letzten Tagen vorgelegt worden sind, befindet sich ein solcher mehrerer Zentrumsabgeordneter, der wünscht, daß die Amtsbezeichnung der Gewerbe- und Handelslehrer in einer ihrer Vorbildung und ihrer heutigen Aufgabe entsprechenden Weise zu ändern sind. Außerdem soll das Verhältnis der planmäßigen zu den außerplanmäßigen Handelslehrerstellen verbessert werden. Weiter ist von Zentrumsseite eine förmliche Anfrage eingegangen, die die Vorbildung gut begabter Mädchen an Mädchenschulen zum Abitur und damit zum Zugang zu höheren Berufen zum Gegenstand hat.

Abgeordnete der Sozialdemokratischen Fraktion beantragen, die badische Regierung soll bei der Reichsregierung dahin wirken, daß Mittel zur Verfügung gestellt werden, um erholungsbedürftige Kriegesbeschädigte im Erholungsheim Annaberg in Baden-Baden unterbringen zu können. Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag bezieht sich auf die Einführung und Regelung der Deputatsverhältnisse der Bezirksleiter (handwerksmäßig vorgebildeten Lehrer) an den Nachschulen.

Von den Landtagsabgeordneten liegen drei Anträge vor. Sie beschäftigen sich mit dem Bau der Bahnlinie Osterburken—Merchingen, mit der Errichtung und Unterhaltung eines Reichsstabforschungsinstituts in Baden und mit dem Ausbau der Saatgutanstalt Kallstadt zu einem Pflanzenzuchtinstitut. Schließlich ist noch ein Antrag Siebert (Ztr.) u. Gen. über die Erlassung eines Hebammengesetzes und Altersfürsorge für Hebammen eingereicht worden.

## Deutschland.

### Die Verhandlungen mit Rußland.

Berlin, 26. Febr. Die deutsche Delegation zur Führung der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen, ist wie die Morgenblätter melden, unter Leitung des Ministerialdirektors z. D. v. Koerner am 21. Februar nach Moskau abgereist. Die Verhandlungen sollen, wie deutscherseits gewünscht wird, bis Ostern abgeschlossen werden; da die Mitglieder der deutschen Delegation nicht länger von Berlin abkömmlich sind.

### Der neue Leiter des Berliner Polizeipräsidiums.

Berlin, 26. Febr. Der Landrat des Kreises Rosenfeld in Westpreußen, Dr. Friedensburg, ist als Stellvertreter Leiter des Polizeipräsidiums nach Berlin berufen worden. Er wird sein Amt bereits in den nächsten Tagen antreten.

### Gegen den kommunistischen Betriebsrätekongreß.

Badum, 26. Febr. Die Kommunisten entwickeln in den Fackelbetrieben eine außerordentlich lebhafte Propaganda für den am Sonntag nach Dortmund einberufenen Betriebsrätekongreß. Der Alte Bergarbeiterverband wendet sich in einer Entschließung gegen das kommunistische Treiben und

den Reichsverband der Gewerkschaften, die badische Regierung soll bei der Reichsregierung dahin wirken, daß Mittel zur Verfügung gestellt werden, um erholungsbedürftige Kriegesbeschädigte im Erholungsheim Annaberg in Baden-Baden unterbringen zu können. Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag bezieht sich auf die Einführung und Regelung der Deputatsverhältnisse der Bezirksleiter (handwerksmäßig vorgebildeten Lehrer) an den Nachschulen.

Von den Landtagsabgeordneten liegen drei Anträge vor. Sie beschäftigen sich mit dem Bau der Bahnlinie Osterburken—Merchingen, mit der Errichtung und Unterhaltung eines Reichsstabforschungsinstituts in Baden und mit dem Ausbau der Saatgutanstalt Kallstadt zu einem Pflanzenzuchtinstitut. Schließlich ist noch ein Antrag Siebert (Ztr.) u. Gen. über die Erlassung eines Hebammengesetzes und Altersfürsorge für Hebammen eingereicht worden.

musikalische Leitung des Konzertes liegt in den Händen von Kapellmeister W. S. Neuz (Deutschens-Oberhaus Charlottenburg), der schon mehrmals als Gastdirigent im Laufe des Winters sich bekanntlich in den hiesigen Musikkreisen große Beachtung und Anerkennung erworben hat.

Landestheater. Leitsings Meisterlustspiel „Minna von Barnheim“ oder das „Goldene Kleeblatt“, das am Samstag, den 28. Februar, von Felix Baumbach neuinszeniert, zum ersten Mal wieder in Szene geht, wird auch in völlig neuem, von Emil Durland hergestellten Szenischen Rahmen erscheinen. — Mit Ausnahme des „Wirts“ (Gugo Höder) sind sämtliche Rollen neu besetzt: Neben Martha Möller in der Titelrolle und Siegfried Nürnberg als „Major von Zellheim“ wirken die Damen Berlow und Witzhammer, sowie die Herren Herz, Ritter und von der Trend-Illici in den übrigen führenden Aufgaben mit.

Am Sonntag (1. März) gelangt Wagners „Der fliegende Holländer“ zur Wiedergabe. Die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Wilh. Franz Neuz vom Deutschen Opernhaus in Charlottenburg als Gast, unter dessen Stabführung das 7. Sinfonia-Konzert am Montag, den 2. März, wie auch Wagners „Meistersinger von Nürnberg“ am Dienstag, den 3. März, stehen werden.

Zum Direktor der städtischen Kunsthalle in Mannheim ist Dr. Hartlaub, der seit dem Weggang Dr. Wagners die Kunsthalle vertretungsweise geleitet hat, ernannt worden.

dem Reichsverkehrsministerium dahin wirken, daß sie auf die Reichsbahngesellschaft einwirkt, daß die vom Reich vertraglich zum Ausbau übernommene Bahnlinie Sartheim—Königsheim baldigst erstellt wird. Das keine Verbindungsstück muß gebaut werden — im wirtschaftlichen Interesse der dortigen Bevölkerung, me Redner näher begründet. Wo ein Wille, da ist auch ein Weg! Es ist eine moralische Pflicht des Landes, für das was es vor Jahrzehnten im Sinterland veranlaßt hat, ein gemachtes wieder Ersatz zu leisten. Das Reich muß seinen Vertrag halten; durch das Statut der Reichsbahngesellschaft ist es seinen Verpflichtungen aus dem Staatsvertrag nicht ledig geworden (Beifall).

Abg. Seubert (Ztr.) erklärt den Bau der Bahnlinie Wolfach-Rippoldsau für den dringlichsten. (Redner hat einen entsprechenden Antrag gestellt.)

Abg. Reichaupt (Ztr.) spricht sich für die Dringlichkeit des Bahnhofsbaues in Kullendorf aus. Bezüglich der Bahnbauten hält die Volkspartei den Bau aller Straßen für dringend notwendig; aber so wie es heute Anträge genehmigt hat, hat Redner vorgezogen, weitere Anträge nicht mehr zu stellen, da es angesichts der finanziellen Lage unmöglich sei, alle Wünsche zu erfüllen; wichtig z. B. wäre schon seit 1872 propagierte Projekt Zimmern—Schwadenreute, das im Interesse eines rationalen kaufmännischen Verkehrs liegt. Der internationale Ost-Westverkehr, der jetzt auf die Schweiz übergegangen ist, kann dadurch Baden wieder zugeführt werden.

Abg. Amann (Ztr.) unterstützt den Antrag betr. Bahnbau Engen—Merzingen und Leobert. Der Antrag ist im letzten Freitag.

Abg. Schmidt-Breiten spricht im Interesse des Bahnbauens Breiten—Kürnberg. Die Murgtalbahn kann nur ausgebaut werden — nach dem Staatsvertrag — wenn auch die Strecke Breiten—Kürnberg gebaut wird. Redner ist gegen eine Vordringlichkeitsklärung einzelner Straßen.

Abg. Schneider-Heidelberg (Ztr.) spricht zum Bahnbau Neckarsteinach—Schönau und zum Bahnhofsneubau Heidelberg. Auch im Steinachtal (Oberrhein) handle es sich um große Kaufmännische. In der Hauptfrage aber gilt es, die wirtschaftliche Lage der dortigen Bevölkerung zu heben, die des Bahnbaues dringend bedarf. Die Industrie dort hat große Schwierigkeiten der Abförderung auf den schlechten Landtrassen (im Hecken). Der Ausbau der Bahn muß also dringend gefordert werden. Redner schildert die schlimmen Verhältnisse an Bahnhöfen Heidelberg, die schnellstens beseitigt werden müssen.

(Ein inoffizieller, eingegangener Gesandtenbrief über die Freidigung an das Landmerkmal wird an den Haushaltsausschuß vortragen.)

warnen vor der Besichtigung des Betriebsratkongresses, der nur politischen Zwecken diene.

Aus Bayern.

M. München, 25. Febr. Seit dem Schuljahr 1913/14 ist an den Münchner Volksschulen ein ständiger Rückgang der Besuchsziffer festzustellen.

Wie wir bereits vor einiger Zeit mitteilen konnten, haben die katholischen kirchlichen Ämterstellen in Bayern beschlossen, an der Verbindung des Allerheiligentages mit dem Gedenktag für die Gefallenen des Weltkrieges festzuhalten.

Neue Eisenbahnverhandlungen Bayerns mit dem Reich.

München, 25. Febr. Handelsminister v. Meißner ist heute Abend zu Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium über bayerische Eisenbahnfragen nach Berlin abgereist.

Frankreich.

Das Urteil gegen die Marceller Unruhestifter.

Paris, 26. Febr. In Marseille wurde gestern gegen die Hauptunruhestifter gelegentlich des Vortrags de Castellanos das Urteil gefällt.

Wieder französische Kriegsgerichtsurteile.

Paris, 25. Febr. Das Kriegsgericht in Amiens hat gestern wegen Mindererung und Zerstörung dreier Schlösser an der Aisne die Generale Mauf und v. Staabs, Hauptmann v. Rena und die Oberleutnants v. Grandrud und Fürst zu zehn Jahren Gefängnis, die Hauptleute Werthern, Ficht und Steppen zu je zwanzig Jahren Zuchthaus in Abwesenheit verurteilt.

Besteuerung der Ueberschüsse der Aktiengesellschaften.

Paris, 26. Febr. Die Kammer hat im Verlauf der Nachtigung u. a. einen Artikel angenommen, der eine Besteuerung der Ueberschüsse der Aktiengesellschaften, die zur Rückzahlung des Kapitals dienen, ein Abgeordneter der Rechten bekämpfte den Antrag scharf und meinte, er stelle einen Verlust zur Kapitalbesteuerung dar.

Oesterreich.

Die Untersuchung gegen Klarz abgeschlossen. Wien, 26. Febr. In der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses erklärte Bundeskanzler Dr. Krametz, daß die Untersuchung gegen Klarz und die anderen in der Wollersdorfer Angelegenheit Beschuldigten abgeschlossen sei und daß die Anklage unmittelbar erhoben werden wird.

Türkei.

Verzicht des Expatriarchen von Konstantinopel. Berlin, 26. Febr. Wie die Morgenblätter aus Athen melden, hat sich der Expatriarch von Konstantinopel entschlossen, um den Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland beizulegen, seine Würde niederzulegen.

Schweiz.

Die Schweiz im Wettbewerb der Nordseehäfen.

Für den Export der Schweiz hat sich, wie der „Republique“ in Straburg von verkehrswirtschaftlicher Seite geschrieben wird, durch neue Tarifmaßnahmen der deutschen Reichsbahn die Frachtlage stark zugunsten Antwerpens verschoben.

Günstiger Abschluß der schweizerischen Bundesstaaten.

Die schweizerischen Bundesbahnen schließen das Geschäftsjahr 1924 mit einem Reingewinn von 16,72 Millionen Franken gegen 3,69 Millionen Franken im Vorjahre ab.

Amerika.

Mac Cormick gestorben.

Newyork, 25. Febr. Der für den Votischerposten in Berlin in Aussicht genommene Senator Mac Cormick ist gestorben.

England.

Zwei neue Seeschlachtschiffe.

London, 26. Febr. Der erste Lord der Admiralität Bridgeman teilte im Unterhaus mit, daß die neuen beiden Großkampfschiffe „Nelson“ und „Rodney“ im Herbst vom Stapel gelassen und Ende nächsten Jahres vollendet sein würden.

Aus dem sozialen Leben.

Neuregelung der Arbeitszeitfrage in der Nordwestgruppe der Metallindustrie.

Bösum, 26. Febr. Heute findet im Reichsarbeitsministerium in Berlin eine erneute Regelung der Arbeitszeitfrage in der Nordwestgruppe statt.

Verhärfung des Vieleselder Metallarbeiterstreiks.

Vieleseld, 26. Febr. Der Streik der Metallarbeiter hat sich auch auf die kleineren Betriebe ausgedehnt und dadurch eine weitere Verhärfung erfahren.

Chronik.

Baden.

Seidelberg, 26. Febr. Verbesserung der Zugverbindungen. Es ist beabsichtigt, ab 1. Mai die im Fahrplan 1922/23 vorhandene Schnellzugsverbindung Saarbrücken-Kaiserslautern-Ludwigshafen-Seidelberg-Würzburg-Dresden und zurück wieder einzurichten.

Wertheim, 26. Februar.

(Zorf als Laubstreu.) Schon seit drei Tagen wird am Main- und Tauberufer ein Ballen Zorf nach dem anderen ausgeladen; ein ganzes Schiff voll mit sechs tausend Zentner kam an.

waldbestehenden Gemeinden angeboten, durch besondere Hiebe die Anschaffungskosten des ersten Forstlagers in jeder Gemeinde zu bestreiten, und alle Gemeinden des Bezirkes haben davon Gebrauch gemacht; daher die großen Mengen, die beschafft werden mußten.

Haueneberstein, 26. Febr.

Der „Sängerbund Haueneberstein“ feiert am 7. Juni sein 70. Stiftungsfest, verbunden mit Fahnenweihe und Gesangswettstreit.

Murg (Oberrhein), 26. Februar.

(Explosion.) Als der Polizeidiener in Murg im Rathaus einige Böller für die Fastnacht füllen wollte, explodierten dieselben plötzlich und verletzten den Beamten sehr schwer.

Mühlentbach, 26. Febr.

(Fastnacht.) Ein reges Leben war in dem fünfzigjährigen Haslach am Fastnachtstienstag. Man sollte es nicht für möglich halten, daß in einem solchen nicht gar zu großen Städtchen so etwas kann geboten werden.

Billingen, 26. Febr.

(Die Billinger Fastnacht) hatte wieder eine große Anziehungskraft ausgeübt. Die eigens eingelegten Sonderzüge waren über Gebühr in Anspruch genommen.

Aus anderen deutschen Staaten.

Mainz, 26. Februar.

(Rosenmontags-Tagodie.) Nach einem Maskenball verlegte in Mainz ein junger Kaufmann erst seine Geliebte zu erschrecken und jagte sich dann selbst eine Kugel in den Kopf.

Augsburg, 26. Februar.

(Schulkonflikt in Augsburg.) Wie die „Augsburger Neuesten Nachrichten“ melden, ist es an der Höheren Technischen Lehranstalt in Augsburg zwischen der Schulleitung und Schülern zu einem Konflikt gekommen.

Spandau, 26. Februar.

(Granatenerplosion in Schwanebeck.) Ein schmerzhaftes Unglück ereignete sich am Sonntag in dem Spandauer benachbarten Orte Schwanebeck.

In Orten, wo mehrere sind, die für die Berufsberatung in Frage kommen, ist es gut, wenn die Schule durch Fragebogen sich über die Zahl bergewinnert und Merkblätter über Berufswahl und Berufsberatung verteilt.

Einem Familienabend, oder besser gesagt, eine Familienfeier in des Wortes schöner Bedeutung beging an einem der letzten Samstage die Stammtischgesellschaft der „Waldstädter“ in den festlich beleuchteten und dekorierten Räumen des Stammtisches zur „Alten Linde“.

Im Alter von 60 Jahren ist an den Folgen einer Grippe der letzte badische Gesandte an den Höfen Bayern und Württemberg, Freiherr Ludwig von Red, in München gestorben.

Nach gut abgelaufen. Ein 50 Jahre alter Bürodiener von hier wollte am Dienstag nachmittag am Markt auf einen in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen aufspringen, glitt auf dem Trittbrett aus und kam zu Fall.

Die katholische Bürgergesellschaft Konstantia veranstaltete am Abend des Fastnachtsonntags in den oberen Räumen des „Kaffee Womad“ ihr Kostümfest mit Maskenspielen.

Die Karlsruher Jugend veranstaltete am Mittwochabend 8 Uhr im kleinen Festballsaal anlässlich der Kampfwache gegen den Alkoholismus eine mächtige Kundgebung.

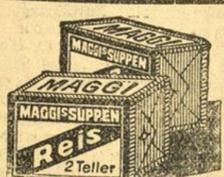
Veranstaltungen.

Weiterer Abend Heinz Steinberg. Der Münchener Meister des Humors hat für seinen heiteren Abend, der kommenden Samstag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, im Handelskammeraal (Ritzing-Palais) stattfinden wird, ein ebenso reichhaltiges, abwechslungsreiches, als bisseitiges Programm gewählt.

Reisens-Diether ab Freitag. „Der Letzte Mann.“ Dieser neueste Ufa-Film, der als der größte Schlager seit dem Nibelungenepos bezeichnet wird, zeigt, daß der Film ohne Worte keine Klippe ist.

Fertig zum Kochen

sind Maggi's Suppen in Würfel. Sie brauchen nur noch kurze Zeit leblich mit Wasser gelocht zu werden, weil die Würfel bereits alles enthalten, was zu einer vollständig fertigen Suppe gehört.



Die Maggi-Gesellschaft hat ihre Erzeugnisse der Kontrolle des Direktors des Hygiene-Instituts der Universität Berlin, Geheimrat Professor Dr. Martin Hahn, unterstellt.

# Windthorstbund Karlsruhe und Mühlburg.

Heute, Freitag abend 7,9 Uhr findet im „Nowak“ oberer Saal (nicht im „Hofenlocher“) Bundesabend statt.

## Reichstagsabgeordneter Erising spricht über die

# „Politischen Vorgänge in Berlin“

Alle Bundesfreunde sowie unsere Parteifreunde sind hierzu freudl. eingeladen.

Emil Jannings, dessen monumentales Spiel eine Offenbarung neuer Möglichkeiten mimischer und filmischer Kunst ist. Das hat mit keiner Kunstströmung, mit keinem „Stylius“ etwas zu tun. Das ist Kunst schlechthin. Um die Hauptgestalt herum ist das Spiel der Nebenfiguren umgänglich fein orchestriert, gerügt in das lebendige Tempo des Ganzen. Es ist zu bedauern, daß wir Jannings, der augenblicklich zu diesem Film sich auf einer 30-tägigen Rundfahrt durch Deutschland befindet, um sich dem Publikum zu zeigen und Vorträge über die Bedeutung dieses Films zu halten, unter anderem auch von den Stadterwartungen Mannheim und Stuttgart eingeladen, nicht auch hier zu dieser Erstaufführung begrüßen zu dürfen.

### Kirchliche Nachrichten.

Aus der Erzdiözese. Verletzungen: Vikar Anton Seidel in Dierburden nach Rudau. Vikar Art. Mayer in Kappelrodt nach Eberburden. Vikar Otto Verlinger in Lengfurt nach Niederjochheim.

Zettenweis (Niederbahren). Am 11. Februar fand in dem schönen Frauenkloster der Benediktinerinnen von St. Gertrud zu Zettenweis die Wahl der ersten Lebtissin statt, welche auf die bisherige Priorin, Frau Editha Gäßler, fiel. St. Gertrud ist ein Tochterkloster der Abtei Frauenchiemsee, und wurde vor 25 Jahren von 12 Ordensfrauen besteuert, von denen außer der jetzigen Lebtissin nur noch eine lebt. Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums feiert das Kloster unter der hl. Schutz das bisherige Priorat zur Abtei und nach Ostern am 21. April wird die neue Lebtissin die hl. Weihe durch den hochw. Herrn Bischof von Passau empfangen. Das Kloster zählt heute 65 M. n. l. oder, 27 Chorfrauen und 38 Laienschwestern. Die Frauen leiten auch die Mädchenkateche der 1600 Seelen zählenden Pfarrei. Die Seelsorge im Kloster hat seit einer Reihe von Jahren das Kloster Deuron übernommen und seit beinahe 3 Jahren ist Vater Franz Sales Wöhner O. S. B. von dort, ein Badener Abt, Chorritual. Außer St. Gertrud hat der hl. Vater dem Böhmerlande noch zwei andere Frauenabteien gleichsam als Geschenk des Jubeljahres gegeben, nämlich Seligental in Sandbühn und Waldstaden in Franken. Bestens wie an gehören den Bistumszentralen Orden an. Auch diese beiden Abteien werden nach Ostern die schöne Feier der Lebtissinweihe in ihren Mauern erleben. Möge von diesen drei Feuerherden das Böhmerland reichlich Segen ausströmen auf das böhmerische Volk und das ganze deutsche Vaterland.

### Handel u. Volkswirtschaft.

Berlin, 26. Febr.

Die heutigen Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

	25. Febr.	26. Febr.
Amsterdam	168.09	169.98
Buen-Aires	1.86	1.67
Brüssel	21.11	21.47
Oslo	63.82	64.24
Kopenhagen	74.83	74.79
Stockholm	113.02	113.80
Helsingfors	10.36	10.59
London	19.97	20.12
New-York	4.19	4.21
Paris	21.81	22.54
Schwiz	80.60	81.10
Spanien	59.43	59.87
Lissabon	13.98	14.02
Japan	1.35	1.35
Rio de Jan.	0.45	0.47
Wien	5.80	5.81
Prag	12.43	12.42
Jugoslawien	0.72	0.72
Budapest	5.79	5.88
Sofia	3.05	3.15
Danzig	79.25	79.15

### Börsenbericht.

Berlin, 26. Febr. Tendenz: fest. -- Die Herabsetzung des Reichsbankdiskonts auf 9 Prozent steht heute im Vordergrund und regt die Börse ausserordentlich an. Als zweites Moment der Anregung tritt der gestrige Beschluss der Interessengemeinschaft der Berliner Privatbankfirmen in die Erscheinung, sobald wie möglich den Terminhandel wieder einzuführen. Abschwächende Momente stehen diesen Nachrichten nicht gegenüber, und so erwacht die Börse aus der Lethargie der letzten Wochen. Sie eröffnete heute ausserordentlich lebhaft, und die Zurückhaltung ist auf der ganzen Linie einer bestimmten Zuversicht gewichen. Auch die Ultimogeregulierungen machen sich nicht mehr bemerkbar, die Lage am Geldmarkt ist flüssiger, und so ist an allen Märkten eine ganz klare Aufwärtsbewegung festzustellen. Von Montanen stehen Gelsen, Harpener und Lux unter reger Nachfrage, aber auch für Phönix und Kattowitz zeigt sich gutes Interesse. Am Elektromarkt verbesserten Siemens und Schubert ihre Kurse, auch AEG. setzten höher ein, nur Accus vernachlässigt und abgeschwächt. Der Markt der Schiffahrtswerte zeigte eine aufsteigende Tendenz. Hapag und Hamburg-Süd wieder lebhaft gehandelt zu gebesserten Kursen. Auch der Bankenmarkt folgte der allgemeinen Aufwärtsbewegung. Berliner Handelsanteile und Reichsbank gut befestigt. Recht lebhaft ist

auch der Kalimarkt, die Kurse durchweg höher. Eine nennenswerte Aufwärtsbewegung setzte sich am Chemiemarkt durch. Der Markt der ausländischen Renten ist behauptet. Heimische Renten setzten höher ein. Kriegsanleihe 0.697%, 3% Consols 1.075, Schutzgebiete 6, 23er K-Schätze 2.02%. Die Lage am Geldmarkt ist unverändert, am internationalen Devisenmarkt setzte sich die Schwäche des Pariser Franken weiter fort, auch der belgische Franken sehr schwach. Im weiteren Verlauf gestaltete sich die Börse uneinheitlich. Nach einer anfänglichen weiteren Besserung zeigten sich Kursrückgänge, durch die wieder etwa der Anfangskurs erreicht wurde. Von Montanen konnten Mannesmann und Oberbedarf noch etwas gewinnen. Der Markt der Kaliwerte schwächte sich in sehr geringen Grenzen ab, ebenso lag der Markt der Chemischen Werte matt. Textilwerte uneinheitlich. Banken überwiegend abgeschwächt. Heimische Renten ruhig, die Kurse schwächten sich ganz gering ab.

### Herabsetzung des Reichsbankdiskonts auf 9 Prozent.

Berlin, 26. Febr. In der heutigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank ist beschlossen worden, den Reichsbankdiskont mit Wirkung ab heute von 10 auf 9 Prozent herabzusetzen, den Lombardzinsfuß von 12 auf 11 Prozent. In der Begründung wird angeführt, dass sich der Stand der Reichsbank seit Ende Dezember günstig entwickelt habe, und dass der Zahlungsmittelumsatz am 23. Februar auf 3.800 Goldmillionen zurückgegangen sei. Auch die Absichten der Reichsbank, einen niedrigeren Privatdiskont zu erzielen, haben sich verwirklichen lassen. Die Kontingentierungspolitik der Reichsbank wird grundsätzlich beibehalten.

Mannheimer Produktenbörse vom 26. Febr. Hafer, inl. 18-21, ausl. 19 1/2-24, Weizen, inl. 25 1/2-27, ausl. 32 1/2-35, Roggen, inl. 24 1/2-25, ausl. 28 1/2, Braugerste 29 1/2-33, Futtergerste 23 1/2-25, Weizenmehl 42-44 1/2, Weizenbrotmehl 33-35, Roggenmehl 36-40, Weizenheu, Stroh unverändert. Weizenkleie 14 1/2, Mais 22 1/2, Rohrzucker 7 1/2, Rohrzuckerklasse 9-9 1/2. Tendenz fest.

Mannheimer Viehmarkt vom 26. Februar. 65 Kälber 64-68 Mk., 19 Schafe nichts, 89 Schweine 64-66 Mk., 793 Ferkel und Läufer 78-39. Marktverlauf: Kälber ruhig, langsam geräumt. Schweine ruhig, Ueberstand, Ferkel und Läufer mittelmässig.

Marktberichte. Auf dem Pforzheimer Schlachtwiechmarkt vom 25. Februar wurde für 1 Pfund Lebendgewicht bezahlt bei Ochsen I. 47-49, Rinder I. 50-55, Ochsen und Kälber II. 28-42, Kühe 25-42, Färren 40-46, Kälber 65-78 und Schweine 69-72. -- Auf dem Schweinemarkt in Haslach kostete das Paar Ferkel 30-60 und Läufer 40 Mk. pro Stück. Der Markt war schlecht besucht. Auf dem Schlachtwiechmarkt in Freiburg kosteten Ochsen und Rinder I. 43-45 Mk., II. 34-42 Mk., Kühe 17-24 Mk., Kälber 60-68 Mk., Färren 38-42 und Schweine 68-74 Mk. pro Zentner Lebendgewicht.

Auf dem Fruchtmarkt Radolfzell vom 25. kostete Weizen 26-27 Mk., Roggen 26 Mk., Gerste 25-27,50 Mk. und Hafer 21 Mk. je 100 kg. Die Aufuhr wurde verkauft.

Landmann Likörfabrik, G. m. b. H. Karlsruhe. Die neugegründete Firma befasst sich mit der Herstellung von Likören, sowie mit

### KAFFEE



TÄGLICH KÜNSTLER KONZERT

KAPELLMEISTER FRANZ DOLEZEL

### Männel

Frühjahrs-Gummiregen-Kostme, Röcke, Wolle, Socken, Kleider, Wäsche, Blusen, Jumper, Unterwäsche, Regenschirme zu bekannt billigen Preisen.

### DANIELS

Antikalienhaus, Wilhelmstrasse 38, 1. Treppen, 516, keine Ladenbesen, Personalspesen.

dem Vertrieb von solchen und von Weinen. Das Stammkapital beträgt 3000 Reichsmark.

Heidelberger Wohnhäuser-Gesellschaft, G. m. b. H. in Heidelberg. Durch Gesellschafterbeschluss wurde das Stammkapital von 800 000 PM. auf 800 000 Reichsmark umgestellt.

Ziegelwerke Nussloch, G. m. b. H. in Nussloch. Durch Gesellschafterbeschluss wurde das Stammkapital von 105 000 Papiermark auf 103 000 Reichsmark umgestellt.

Chemische Fabrik Dr. Reis, G. m. b. H. in Heidelberg. Durch Gesellschafterbeschluss wurde das Stammkapital von 5 Millionen Papiermark in 5000 Reichsmark umgestellt.

Wehrle-Werk, A.-G. Immendingen. Das Grundkapital wurde laut Gesellschafterbeschluss von bisher 900 000 Papiermark auf 540 000 Goldmark umgestellt. Das Grundkapital ist in 540 Aktien zu je 1000 Goldmark verlegt. Die Aktien lauten auf den Inhaber.

Günzburger u. Haas, G. m. b. H. in Emmendingen. Das Stammkapital der Gesellschaft wurde von 1 230 000 Papiermark auf 200 000 Reichsmark umgestellt.

### Badische Landeswetterwarte.

Wetterbericht vom Donnerstag.

Die Wetterlage hat sich wenig verändert. Das meiste Tiefdruckgebiet bleibt über den britischen Inseln liegen; keine Druckstörungen auf seiner Südseite haben gestern abend in Baden wieder frische, geringe Niederschläge gebracht. Die Temperaturen liegen in der Ebene über dem Gefrierpunkt, das Gebirge hat noch leichten Frost. Im Grenzgebiet des britisches Sturmwindels bleibt das Wetter mäßig bei mäßigen Niederschlägen und wenig veränderter Temperatur.

Voraussichtliche Witterung für Freitag, den 27. Februar: Wechsellage, Bewölkung, geringe Niederschläge, etwas milder (hochschwarzwald noch Frost, Ebene frostfrei), kühlere Winde. Wasserstände des Rheins am 27. Februar, morgens 6 Uhr: Mayau 334, gef. 1; Mannheim 228, gef. 2 Zentimeter.

Vorausgeber und Verleger: Badenia, L.-G. für Verlag und Druckerei, Direktor Emil Jannings, Karlsruhe i. B., Hauptredaktion: J. Th. Weier, Badenweilerstr. 10, 1. Badischer Teil: J. Th. Weier, für Nachrichten- und Redaktion, Dr. G. H. Berger, für Lokales und Chronik, Fr. Zanic, für Anzeigen und Reklamen; Joseph Huber, Schriftf. in Karlsruhe. Adlerstr. 42, Rotationsdruck der Badenia, L.-G. Berlin: H. Schmitt, Berlin NW, 23, Brüder-Muse 15. Joh. Hoffmann, Berlin NW, 23, Brüder-Muse 15.

### Badische Lichtspiele

für Schule und Volksbildung, Konzerthaus.

Heute abend 8 Uhr Erstaufführung

## Der Vatikan in Kunst und Geschichte

Römischer Originalfilm, In jedem der 5 Teile erscheint Papst Pius XI. Mit Vortrag von Herrn Professor Graf.

### Wiederholung

Samstag, 28. Febr. u. Sonntag, 1. März, jeweils 4 Uhr nachm. und 8 Uhr abends, Montag, 2. März und Mittwoch, 4. März, 8 Uhr abends, Mittwoch auch 4 Uhr nachmittags.

Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstrasse, Preise Mk. 1.70, 1.50, 1.- und 0.60, Studierende und Schüler gegen Ausweis halbe Preise. Näheres Anschlagssäule.

PHANKO

## Pfannkuch

Ein billiges bekömmliches Volksnahrungsmittel sind zur Zeit Vollfett-Süß-

### Fleischlieferung.

Die Lieferung des Bedarfs an Fleischwaren für das Stadt-Arathaus ist für die Zeit vom 1. April 1925 bis 31. März 1926 zu vergeben.

Angebote sind verschlossen mit entprechender Aufschrift versehen bis spätestens Montag, 16. März 1925 vorm. 9 Uhr bei der unterzeichneten Verwaltung, Moltkestr. 14 einzureichen, wobei auch die Lieferungsbedingungen eingehend werden können. 874 Karlsruhe, 24. 2. 1925.

### Verwaltung des Städt. Kranenhauses

Sie haben für Haus- und Küche ein fleisches, gewandtes Mädchen das an selbständiges Arbeiten gewöhnt ist, gute Behandlung und hoher Lohn zugesichert. Postiert wird nur auf perfekte Näht, welche über gute Zeugnisse verfügt. Vorzuzustellen bei: Wilm. Herberplatz 34a, Baden.

Eine Serie sehr schöne grosse 918

## Küchen-Einrichtungen

per Einrichtung frei Haus aufgestellt Mk. 250.-- innerhalb Stadtbezirk

## Herren- und Speisezimmer

eiche gebeizt, sehr schöne Modelle, teils am Lager, teils in Arbeit kurzfristig lieferbar, sehr preiswert

Alles in eigenem Betriebe hergestellt, in nur bester Qualitätsarbeit, für welche Garantie geleistet werden kann.

## Paul Federle, Möbelfabrik

Durlacher Allee 58. Telefon 2040.

## Das ganze Jahr hindurch

Wiederherstellung aller beschädigten Puppen und Anfertigung von Puppenperücken aus mitgebrachten Haaren. 558

## Verkauf von Puppen und Puppenartikeln

Erste Karlsruher Puppenklinik Kaiserstrasse 223 zwisch. Douglas- u. Hirschstr.

## Pilo

Lehrinstitut

## Jahresrente bewährt - neu begehrt!

In dieser schwarzen Dose mit weißer Schrift bringe ich Ihnen wieder die Pilo-Qualität wie in den Jahren vor dem Kriege. Diese Qualität kann nicht überboten werden! Mit Pilo erhalten Sie auch wenig Benutzen eines labilen Hochglanz, das Pilo-Lack-Glanz. Pilo färbt auch sehr ab, gibt dem Leder die notwendige Nährstoffe ab, ist geschmeidig.

Was der Pilo-Peter lobt, haben Tausende erprobt.

### Warum kommen Sie nicht zu uns mit Ihren Druckarbeiten?

Wir haben eine Spezialabteilung, die alle Geschäftsdruckfachen mit besonderem Geschmac herstellt. Sie werden gut und nicht teuer bedient. Selbst die kleinsten Aufträge erledigen wir mit Sorgfalt

Badenia L.-G. für Verlag u. Druckerei, Karlsruhe, Adlerstrasse 42 - Fernruf 535 u. 572 - Postfach 4844

## Bücklinge

30 Dlg. 5 Pfund-Risfen 804

## 140

Täglich frische Zufuhren!

## Pfannkuch

## Tanz-Lehrinstitut

J. Braunagel, Kowachs-Anlage 13, Telefon 1939

Beginn neuer Kurse Einzelunterricht jederzeit.

Geil. Anmelde- und Unterrichtslokal: ob. Saal Hotel Nowack

